Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20 Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 26 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame. anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | Donnerstag, den 18. Oktober 1923 | 3. Jahrgang | Nr. 244

Ein Reichswehr-Ultimatum an die sächsische Regierung

Artillerie gegen Sachsen in Bewegung gesetzt — Stillegung der Industrie des Ruhrgebiets — Der Achtstundentag beseitigt — Die Berliner Gewerkschaften für das Rote Sachsen — Neue Zeitungsverbote — Neue Arbeitermorde

WTB. Dresden, 18. Oktober.

Im sächsischen Landtag erklärte Ministerpräsident Dr. Zeigner, um sei heute ein Schreiben des Wehrkreiskommandos Dresden zugegangen, in dem gefordert werde, daß die Regierung Stellung nehme zu den Ausführungen, die der Minister Böttcher in seiner Leipziger Rede gemacht habe. Weiter erklärte Dr. Zeigner, er habe erfahren, daß der bayrische Gesandte in Berlin der Reichsregierung eine Note des Inhaltes übermittelt habe, der Dresdner Betriebsrätekongreß bedeute einen feindseligen Akt gegen die bayrische Regierung. Diese Frage an, welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen zu ergreifen gedenke. Der Ministerpräsident erklärte weiter, wenn diese Kreise sich durchsetzen, gehöre die Republik der Geschichte an. Dem Wehrkreiskommando sei die sächsische Regierung keine Rechenschaft schuldig. Sie werde sich Drohungen nicht beantworten. Verfassungswidrige Anordnungen der Reichsregierung werde die sächsische Regierung ausführen. Hierauf wurde das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung Zeigners mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 45 bürgerliche Stimmen abgelehnt.

*

Der Weiße General stellt der sächsischen Regierung ein Ultimatum

Dresden, 18. Oktober.

Das Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV, Generalleutnant Müller, an den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner besagt, daß Minister Böttcher in seiner am 13. Oktober von der Kommunistischen Partei einberufenen Versammlung in Leipzig eine offene Kampfansage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und eine entsprechende Resolution veranlaßt habe. Die Aufforderung zur Bewaffnung sei gleichbedeutend mit dem Ruf zum bewaffneten Kampf. Die Rede stelle sich als ein Verstoß gegen die vom Wehrkreiskommando erlassenen Verfügungen dar. In dem Schreiben wird Zeigner gebeten, bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen Böttchers einverstanden erkläre oder ob es entgegen diesen Aeußerungen nach den Weisungen des Wehrkreisbefehlshabers zu handeln gewillt sei. Für letzteren Fall wird gefordert, daß die sächsische Regierung die dem Wehrkreiskommandanten gegebene Erklärung veröffentlicht. Weiter wird um Mitteilung gebeten, wie die Regierung künftig Entgleisungen wie der Rede des Ministers Böttcher vorbeugen wolle.

*

Diese Forderung des Müller ist ein Ultimatum, daß die Militärkamarilla der revolutionären Arbeiterschaft stellt. Müller kann diese herausfordernde Sprache führen, weil Geßler und damit die Reichsregierung unter allen Umständen den Kampf gegen die sächsische Regierung führen will, weil Geßler alle Vorbereitungen zum bewaffneten Kampf, zum Bürgerkrieg trifft.

Aus Berlin wird uns gemeldet, daß am Anhalter Bahnhof gestern nachmittag größere Kontingente Reichswehr nach Sachsen verladen worden sind, und in den späten Nachmittagsstunden sind in Bitterfeld mehrere Züge mit Artillerie mit der Bestimmung nach Sachsen durchgekommen.

Geßler-Stresemann-Sollmann-Müller wollen also die sächsische und thüringische Regierung beseitigen, sie wollen also die mitteldeutsche Arbeiterschaft niederschlagen. Diese verbrecherische Absicht wird auch durch die Forderung der Sozialdemokratie nach Aufhebung des Belagerungszustandes nicht vereitelt, denn die Stinnes und Kloeckner diktieren es. Diese Landesverräter brauchen ein Blutbad unter der Arbeiterschaft, um ihre Absicht, die gesamte Industrie des Ruhrgebietes stillzulegen, durchführen zu können.

Der Kölner Vertreter der „Times" weiß zu berichten, daß die Gruppe Stinnes, Kloeckner, Vögeler beschlossen habe, den Franzosen mitzuteilen, sie sehe unter den heutigen Bedingungen keine Möglichkeit, das nötige Geld für die Lohnzahlungen aufzubringen und sei daher gezwungen, ihre Fabriken zu schließen.

Und gut unterrichtete Stellen bestätigen diese Nachricht. Es wird sogar behauptet, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris Gelegenheit nehmen wird, bei seiner Unterredung mit Poincaré auf diese Tatsache hinzuweisen. Damit ist vor aller Welt klar, daß die Regierung mit diesen verbrecherischen Plänen der Stinnes und Kloeckner einverstanden ist.

Dem Ruhrproletariat droht die Arbeitslosigkeit und damit der Hungertod. Die Ruhrarbeiterschaft muß niedergehalten werden. Einem gleichzeitigen Aufstand aller Arbeiter ist die Regierung mitsamt aller faszistischen Organisationen nicht gewachsen. Deshalb soll zuerst die mitteldeutsche Arbeiterschaft, die sich staatliche Machtpositionen erobert hat, niedergeknüppelt werden. Also deshalb das freche Auftreten des Generals Müller gegen die sächsische Regierung, deswegen die Reichswehrtransporte nach Sachsen.

Die Müller-Geßler-Stresemann-Seeckt werden sich dieses Mal verrechnen. Die Tage des Januars 1919 sind vorbei. Schon haben die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre klar und deutlich der Regierung zugerufen: „Hände weg vom Roten Sachsen." Und auch in der Provinz Sachsen hat die Arbeiterschaft erkannt, daß ein Schlag gegen den mitteldeutschen Roten Block ein Schlag gegen sie selbst ist. Der Kampf gegen Sachsen bedeutet den Generalstreik im mitteldeutschen Industriegebiet. Und die Arbeiterschaft des mitteldeutschen Industriegebietes wird den Kampf durchführen, sie steht ebenso treu und fest zu Sachsen und Thüringen wie die Berliner Gewerkschaften. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft steht gerüstet da. Wohlan, Herr Stresemann, Herr Geßler, Herr Müller! Wagen Sie den Tanz, wir werden dazu aufspielen.

*

Die sächsische Regierung geht unbeirrt ihren Weg

Dresden, 18. Oktober.

Ein Aufruf des Arbeits-, des Wirtschafts- und des Finanzministers fordert die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskartelle und Kommunvereine Sachsens zu einer Konferenz in Chemnitz am Sonntag, dem 21. Oktober, auf, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und Ernährung der werktätigen Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Die Berliner Gewerkschaften schützen das Rote Sachsen

Berlin, 18. Oktober.

Die erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlicher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen Großberlins beschäftigten sich gestern u. a. mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalstreiks in Aussicht stellt.

7 Tote in Mannheim

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 18. Okt.

Am gestrigen Tage wurden in Mannheim bei den Ansammlungen durch die Polizei wiederum 7 Arbeiter getötet, eine große Anzahl verwundet und viele Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiterschaft führte den 24stündigen Proteststreik geschlossen durch.

Der 8-Stundentag beseitigt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Oktober.

Gestern traten die Vertreter der Koalitionsparteien mit der Reichsregierung zusammen, um über das Arbeitszeitgesetz zu sprechen. Nach den bekannten heuchlerischen Erklärungen, daß zwar eine Verlängerung des Achtstundentages nicht in Frage käme, einigten sie sich, daß durch Tarifverhandlungen eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen werden müsse. Als Festarbeitszeit soll der Zehnstundentag, für die Bergbaubetriebe der Achtstundentag, eingeführt werden.

*

Damit ist die Haupterrungenschaft der Revolution beseitigt. Damit ist die Heuchelei der Sozialdemokratie über die Erhaltung des Achtstundentages entlarvt. Nun haben die Gewerkschaftsführer das Wort, jetzt müssen sie zeigen, daß sie willens und imstande sind, den Kampf für den Achtstundentag zu führen. Die Mitglieder der Gewerkschaften müssen aufpassen, daß die reformistischen Führer nicht ebenso wie bei der Forderung für die Erfassung der Sachwerte die Forderung für die Erhaltung des Achtstundentages als eine programmatische erklären und daß sie nicht die Ausrede gebrauchen, nun, nachdem die Reichstagsfraktion der VSPD. dem Arbeitszeitgesetz zugestimmt hat, können wir nichts mehr machen. 8½ Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind, richtig eingesetzt, eine unüberwindliche Macht.

Bewaffnete Kämpfe in Holstein

WTB. Hamburg, 18. Oktober.

Nach Meldungen aus Heide (Holstein) kam es gestern dort infolge der Verhaftung des Führers der dortigen Kommunisten zu Unruhen. Zwei mit Karabinern bewaffnete Kommunistentrupps drangen in die innere Stadt und forderten die Freilassung des Führers. Auf die Ablehnung dieses Ansinnens feuerten die Kommunisten eine Salve ab, worauf sich die Beamten in den Gefängnishof zurückzogen. Von dort aus wurde das fortgesetzte Feuer der Kommunisten mit Revolverschüssen erwidert. Nach Eintreffen eines Zuges Schupo stellten die Kommunisten das Schießen ein.

*

Nach unseren Ermittlungen handelt es sich nicht um zwei mit Karabinern bewaffnete Kommunistentrupps, sondern Arbeiter hatten ein konterrevolutionäres Waffenlager ausgehoben und mit diesen Waffen wollten sie ihren unlöslich der Beschlagnahme des Waffenlagers verhafteten Führer aus den Händen der Polizei befreien. Solche Zeitaktionen sind immer zur Niederlage verdammt. Nur durch gemeinsamen und geschlossenen Kampf wird die Arbeiterklasse alle politische Gefangenen befreien.

Die Bluthetze gegen Sachsen und Thüringen

Die Januar- und Märztage von 1919 sollen nach dem Wunsch der schwerindustriellen Drahtzieher um Stinnes, der Seeckt und Stresemann wiederkehren: die Tage der Mordhetze, des Blutrauschs gegen die Kommunisten, gegen die werdende Einheitsfront der Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk.

Die ganze bürgerliche Presse ist auf den Bürgerkrieg gegen die Arbeiter eingestellt. „Schlagt sie nieder, die Hungernden, die rebellieren, die Arbeitslosen", die unter Stresemanns Wirtschaftsdiktatur als erste Opfer fallen. Das ist der Sinn aller Artikel von der Junker-„Kreuzzeitung" bis zur christlich frommen „Germania".

Die „DAZ." des Herrn Stinnes gibt das Stichwort. Stinnes braucht den Aderlaß unter der Arbeiterschaft, damit er weiter verdienen kann. „Blutrausch der Kommunisten" fälscht sie, um den Blutrausch der von den Stinnesmillionen ausgehaltenen Schwarzen Reichswehr noch wilder zu entfachen. Das Stinnesblatt ist das erste, das die beschlossene Reichsexekution gegen Sachsen melden konnte — und unter Hohnworten auf den „Vorwärts", der sich nicht getraue, davon seinen Lesern zu schreiben.

Das WTB. ist auf Kriegsberichte aus Sachsen umgestellt. Aus der Regierungserklärung, daß Stresemann in Sachsen Ordnung schaffen werde, bringt es die Meldung von der Unterstellung der Landespolizei unter die Säbeldiktatur mit der Erklärung des Generals Müller, daß er bei der Auflösung der proletarischen Hundertschaften Kämpfe erwarte. Das erste Kanonenfutter soll die Landespolizei unter ihrem sozialdemokratischen Oberst Schützinger sein. Die letzte republikanische Truppe Sachsens soll im Kampf gegen die Arbeiter sich aufreiben, ehe die Reichswehr eingreift und die Weiße Diktatur endgültig errichtet.

Heute verbreitet WTB. als Kriegspressestelle der Generalsdiktatur das Ultimatum des Generals Müller an die Rote Sachsenregierung, daß sie bis 18. Oktober erklären solle, ob sie seine Befehle ausführe und künftige Entgleisungen des Ministers Böttcher verhindere. Inzwischen erfolgt der Aufmarsch der Reichswehr. Gestern sind Truppenkontingente mit Artillerie von Berlin nach Sachsen transportiert worden. Herr General Müller ist im Begriff, den Bürgerkrieg gegen die sächsische Arbeiterschaft mit den unter den kapitalistisch-militärischen üblichen Methoden zu eröffnen.

Unerhörte Pressemache zugleich gegen die Erwerbslosen, gegen die Kommunisten. Uebertriebene, entstellte Berichte über Kommunistenverhaftungen sollen die Spießbürger wild machen und sie von den wahren Schuldigen ablenken, von den Seeckt und Stresemann, den Stinnes und Ebert, die das Volk trotz und mit aller Ermächtigung und aller Diktatur in Hunger verkommen lassen.

Job Zimmermann, Kapps Pressechef, hetzt im „Tag" des Krupp-direktors Hugenberg am schamlosesten gegen die Kommunisten und die Arbeitslosen. „Hunger tut weh", stellt er fest, um zu schließen: „Verhaftet die Kommunisten!" Kommunistenverhaftungen stillen den Hunger nicht. Sie schützen nicht den im allgemeinen Bankrott zuerst zusammenbrechenden Kleinhändler vor dem Untergang. Hier hilft nur eines: der Kampf gegen den Hunger durch die Arbeitermassen. Das beginnen die Werktätigen in Stadt und Land zu erkennen. Darum die Verzweiflungshetze der Faszistenföldlinge in den bürgerlichen Blättern.

Charakteristisch ist die Haltung der „Germania". Offen sagt sie: milde Hand gegen Kahr-Bayern und starke Hand gegen Sachsen. Die Schwerindustriellen mit ihrer Zentrumspartei fordern die Reichsexekutive, die blutige Niederwerfung der ganzen deutschen Arbeiterschaft, die abgeschlachtet werden soll, sie fordern die Reichsexekutive, die sich genau so gegen die christlichen Arbeiter des Zentrums richtet, wie gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter.

Daß die „Zeit" weiter gegen „Sowjet-Sachsen" hetzt, ist in dem Blatt Stresemanns und Litwins selbstverständlich. Jüdische Kommerzienräte und arische Junker finden sich, wenn es gegen die rebellierende Arbeiterschaft geht.

Am jämmerlichsten ist die Haltung des „Vorwärts" und der rechten Führer der VSPD. Schächliche Proteste gegen den Belagerungszustand, vom Parteivorstand und von dem allmählich die Gefahr erkennenden Severing inspiriert, klägliche Anstrengungen, die Große Koalition noch jetzt in ihrer völligen Kapitulation vor Seeckt und Kahr zu rechtfertigen. Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0001

Belagerungszustand hat seinen Sinn verloren, weil er gegen Bayern versagte, schreibt die Magdeburger „Volksstimme". Die Herrschaften merken gar nicht, daß er seinen Sinn gerade dadurch bekommt, daß er gegen Bayern versagt, den Sinn nämlich des Bürgerkriegs gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse, der mit dem Vorstoß gegen Sachsen beginnen soll. Es handelt sich nicht mehr um gleiches Recht für alle, um Verständigungsversuche, wie der „Vorwärts" den Arbeitern noch jetzt vormachen möchte, sondern es handelt sich um die Niedertrampelung jedes Rechts der Werktätigen durch die Stresemann- und Seeckt-Diktatur.

Die rechten Führer wissen das. Die Angstrufe ihrer Presse gegen den Belagerungszustand beweisen es. Warum aber, wenn sie es wissen, bleiben sie in der Großen Koalition, warum geben sie durch ihr Ausscheiden nicht das Signal zum Widerstand? Warum ruft Severing nicht die Arbeiter Preußens auf? Sie sind Gefangene der Seeckt und Stinnes. Die große Welle der Konterrevolution und Revolution geht über sie hinweg.

Die ganze Hetze gegen die Kommunisten und Sachsen, in die man die Große Koalition einspannen wollte, hat einen Sinn: Sachsen zu isolieren. Wie die deutsche Diplomatie 1914 den serbischen Konflikt lokalisieren wollte, so will Seeckt jetzt Sachsen isoliert abwürgen.

Die Herren irren. Das Spiel von 1919 gelingt nicht mehr. Heute erkennt die Arbeiterschaft, was auf dem Spiel steht. Sie steht geschlossen hinter Sachsen und dem sich anschließenden Roten Thüringen.

Die Stresemann und Seeckt glauben, an einem kleinen Feuerchen, das sie in Sachsen entzünden, sich die Hände wärmen zu können. Sie entfachen einen Brand, an dem sie sich am ersten die Finger verbrennen.

Das Programm der Thüringer Regierung

Weimar, 18. Oktober.

In der gestern im thüringischen Landtage abgegebenen Erklärung der neuen thüringischen Staatsregierung heißt es:

Die Regierung Thüringens ist eine Regierung der republikanischen Verteidigung und des Kampfes gegen die Forderung: Nieder mit dem Marxismus! Der im Reiche erklärte Ausnahmezustand richtet sich gegen die werktätige Bevölkerung und besonders gegen die linksgerichteten Staaten Mitteldeutschlands. Die Großkapitalisten haben die Offensive gegen die Arbeiterschaft ergriffen und durch das Ermächtigungsgesetz zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die thüringische Regierung wird beim Reiche dahin wirken, daß als erster Schritt zur Besserung der Lage die wirkliche Erfassung der Sachwerte, als zweiter das Handelsmonopol nach russischem Muster eingeführt wird und sich ferner einsetzen für wirksame Kontrolle der Produktion, für Aufrechterhaltung des Achtstundentages und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. In ihren Bestrebungen fühlt sich die thüringische Regierung eng verbunden mit der Regierung Sachsens und der gesamten werktätigen Bevölkerung. Sie stützt sich besonders auf alle Organisationen des arbeitenden Volkes und auch auf dessen Schutz- und Kampforganisationen. In erster Linie steht die Erhaltung des Reiches und gegenüber den Bestrebungen nach großkapitalistischer Diktatur die Errichtung eines Linksblockes und einer Arbeiter-Regierung in Deutschland.

Die Arbeiterfäuste werden den Generalsdegen zerbrechen

(Eig. Drahtm.) **Zwickau, 18. Oktober.**

Die Bezirksorganisationen der VSPD., USPD., KPD., ADGB. und AfA. in Zwickau haben in zwei Entschließungen sich in schärfster Weise gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften durch den Reichswehrgeneral ausgesprochen. In der Entschließung heißt es:

„Die proletarischen Hundertschaften sind unbewaffnete Abwehrorganisationen der Arbeiter, die von der sächsischen Regierung anerkannt, den Schutz der Republik und die Unterstützung der verfassungsmäßigen Regierung zu ihrer Hauptaufgabe gemacht haben.

Die Organisationen fordern von der Regierung, daß sie ihre Polizeiorgane in dem Maße mit organisierten Arbeitern auffüllt, wie sie es zum Schutz und zum Abwehrkampf gegen die Reaktion für notwendig hält.

Die politischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften werden es sich nicht nehmen lassen, im Interesse der Arbeiterschaft weiterzuarbeiten und zur Führung des politischen und wirtschaftlichen Kampfes zusammenzuwirken. Die Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft fordern wir auf, nur den gemeinsamen Parolen der gemeinsam unterzeichneten Organisationen zu folgen.

VSPD., USPD., KPD., ADGB., AfA. im Bezirk Zwickau.

Bremen, 18. Oktober.

Die Post- und Telegraphenangestellten Bremens haben einen gemeinsamen 20gliedrigen Aktionsausschuß der Arbeiter, Beamten und Angestellten gebildet. Der Aktionsausschuß hat einen gemeinsamen Aufruf an die Spitzenorganisationen und an die Betriebsräte gerichtet mit der Aufforderung, sofort in Bremen einen Aktionsausschuß, der alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter umfaßt, zu bilden.

Die Stimme der ausstehenden Arbeiterschaft

Die sehr stark besuchte Belegschaftsversammlung der Chemischen Fabrik Buckau richtete nach einem Referat des Genossen Höcker an die Zentralstellen der Arbeiterorganisationen (KPD., VSPD., ADGB. und AfA.) folgende Forderungen:

1. **Strengste Einhaltung des Achtstundentages.**
2. **Fortfall der Lohnsteuer, dagegen zur Deckung der Staatsfinanzen Erfassung der Sachwerte.**
3. **Unterdrückung des Warenwuchers und Verteilung der Waren durch die Kontrollausschüsse.**
4. **Anpassung der Löhne an die festgesetzten Warenpreise.**
5. **Aufhebung des Ausnahmezustandes.**
6. **Zurückziehung der Verbote für Arbeiterzeitungen.**
7. **Anerkennung der proletarischen Hundertschaften.**

Da diese Forderungen durch die bestehende Koalitionsregierung nicht durchgeführt werden können, fordert die Belegschaft die Bildung einer Arbeiter-Regierung, die sich voll und ganz für die werktätige Bevölkerung einsetzen wird.

(Eig. Drahtm.) **Nachterstedt, 17. Oktober.**

Die am 16. Oktober versammelte Belegschaft der Braunkohlengrube „Concordia" beschloß in einer von zirka 2000 Mann besuchten Versammlung gegen 30 Stimmen folgendes:

„Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ist bis zum Unerträglichen gestiegen. Die Arbeiter eines einzelnen Betriebes, oder einer einzelnen Organisation sind nicht in der Lage, eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Deshalb muß der Kampf zentral über das ganze Reich geführt werden. In Erkenntnis dieser Sachlage fordern wir den ADGB. auf, mit den beiden politischen Arbeiterparteien unverzüglich in Verbindung zu treten, um eine Grundlage zur Verwirklichung nachstehender Forderungen zu schaffen:

1. **Aufhebung des Belagerungszustandes und Beseitigung der Militärdiktatur.**
2. **Unbedingte Sicherung des Achtstundentages.**
3. **Entwaffnung der Konterrevolution und Bildung gemeinsamer Abwehrformationen.**
4. **Kampf gegen jede bürgerliche Koalition und Bildung einer Arbeiter-Regierung.**
5. **Sofortige Einberufung eines Reichs-Betriebsrätekongresses."**

In einer weiteren Entschließung, die sich mit der Köthener Konferenz befaßt, wurde der Vorstand des ADGB. beauftragt, den Reichs-Betriebsrätekongreß einzuberufen.

(Eig. Drahtm.) **Elsterwerda, 18. Oktober.**

Eine äußerst stark besuchte Konferenz sämtlicher Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre von Elsterwerda und Umgegend faßte folgende Entschließung:

„Von Stunde zu Stunde spitzen sich die politischen Verhältnisse zu. Stündlich erwachsen den letzten Errungenschaften der Novemberrevolution ungeheure Gefahren. Die jetzige Militärdiktatur führt zur vollständigen wirtschaftlichen und politischen Versklavung der Arbeiterklasse und zum endgültigen Siege des Faszismus. Nur die geschlossene Einheitsfront des Proletariats kann die Existenz der Arbeiterklasse sichern. Deshalb fordern wir den Vorstand des ADGB. auf, sofort mit sämtlichen Arbeiterparteien zur Schaffung einer einheitlichen Kampfbasis und eines Aktions-Ausschusses Fühlung zu nehmen, der folgende allernotwendigste Forderungen durchzuführen hat:

1. **Sicherung des Achtstundentages;**
2. **Beseitigung der Militärdiktatur;**
3. **Entwaffnung der Konterrevolution;**
4. **Bewaffnung des Proletariats;**
5. **Bildung einer Arbeiter-Regierung;**
6. **Aufhebung des Verbots der Arbeiterpresse.**

Zur Durchführung dieser Forderungen schlagen wir den

politischen Generalstreik

vor. Wir verlangen binnen acht Tagen Antwort über die Maßnahmen, die der Bundesvorstand gegen das Massenelend zu ergreifen gedenkt, andernfalls müßte die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen."

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 18. Oktober.**

In der Vorwoche vom 11. Oktober bis 17. Oktober betrugen für ein Ehepaar mit zwei schulpflichtigen Kindern die Ausgaben, die notwendig sind, um wie in der Vorkriegszeit leben zu können

für Nahrung	**26 526 000 000 Mk.**
für Fahrgeld, Wohnung, Gas usw.	**33 084 000 000 Mk.**
für 8 Prozent Steuern	**4 768 000 000 Mk.**
Zusammen:	**64 378 000 000 Mk.**

Die Steigerung von beinahe 36 Milliarden oder 265,8 Prozent gegen die Vorwoche beruht auf der wucherischen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders aber auf der ungeheuren Preissteigerung aller übrigen zum Leben notwendigen Bedarfsgegenstände. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um das 1 963 949 603fache gestiegen.

Der Reichsindex

Berlin, 18. Oktober.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung) stellt sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 15. Oktober auf das 691,9millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1 Millionen) beträgt demnach 534,5 v. H.

Der Großhandelsindex

Berlin, 18. Oktober.

Das Großhandelspreisniveau hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 255,4 v. H. auf das 1098millionenfache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 241,7 v. H. auf 4,1 Milliarden, so daß das Goldniveau der Großhandelsziffer (1913 gleich 100) eine Aufwertung von 107,6 (Gold) auf 111,9 (Gold) erfuhr. **Diese wurde vorwiegend vor dem Uebergang zur freien Produktionswirtschaft herbeigeführt, wodurch die Herabsetzung der Kohlenpreise mehr als ausgeglichen wurde.** Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 285,2 v. H. auf das 1525millionenfache, die Auslandswaren um 247,3 v. H. auf das 1006millionenfache und ferner die Lebensmittel im Großhandel um 351,0 v. H. auf das 838millionenfache und die Industriestoffe um 192,7 v. H. auf das 1570millionenfache des Friedensstandes.

*

Zum ersten Mal ist der Reichsindex höher als der Großhandelsindex. Die höhere Berechnung des Reichsindex ist auf die überall spontan ausbrechenden Hungerunruhen zurückzuführen. Der höhere Reichsindex soll ein Ablaßventil für die unruheschwangere Erregung weiter Volkskreise sein. Die Beamten werden ihren Gehalt nach dem Index ausbezahlt erhalten, die Unternehmer werden aber die Forderungen nach dem Indexlohn zum großen Teil nicht erfüllen, sondern die Belegschaften auf die Straße setzen, wie es Kathe und eine Ammendorfer Firma bereits getan haben.

Die Arbeiterschaft darf sich durch diese Machenschaften nicht irreführen lassen, sie wird trotz alledem den Kampf gegen das Stinnesprogramm mit geeinten und geschlossenen Kräften aufnehmen.

Auffüllung der Schwarzen Reichswehr

Das Unternehmertum und die Regierung rüsten zum letzten Schlag gegen die Arbeiterschaft. Die faszistischen Organisationen versuchen mit allen Mitteln, ihre Reihen aus der Arbeiterschaft aufzufüllen. Vor uns liegt ein Schreiben des Heim- und Flurschutzes Frose in Anhalt, der ein Deckname für den „Stahlhelm" ist und der nur gegründet wurde, um diese Faszisten auf legale Art bewaffnen zu können. In dem Schreiben, das an 120 Arbeiter, die nicht organisiert sind, verteilt wurde, wird zu einer Sitzung am Mittwoch, dem 17. Oktober, aufgefordert, **„wo in Gemeinschaft mit den ordentlichen Sicherheitsbehörden** die Einteilung des Heim- und Flurschutzes, Verpflichtung der Mitglieder, **Verteilung der behördlichen Ausweise** pp. vorgenommen werden soll".

Es heißt dann weiter im Schreiben: „Die Pflicht gegenüber der Allgemeinheit und die schwere Notzeit legt uns die Verpflichtung auf, alle die Einwohner öffentlich festzustellen, welche durch Fernbleiben oder Nichtmitwirken bei der Notwehr versagen."

Unterschrieben hat ein Herr Dockhorn.

Damit ist festgestellt, daß die anhaltinische Regierung offen die Faszistenbanden organisiert und bewaffnet. Denn wozu behördliche Ausweise, wenn es keine Waffenscheine sind. Die sozialdemokratischen Arbeiter in Anhalt werden ihre sozialdemokratischen Minister ebenfalls darauf hinweisen müssen, daß, wenn schon die Polizeikräfte in Anhalt nicht ausreichen, dann nicht der „Stahlhelm", der unter der Maske des Heim- und Flurschutzes segelt, sondern daß dann die Arbeiterschaft zum Schutze des Lebens der Arbeiter bewaffnet werden. Der Eintritt der Kommunisten in die anhaltinische Regierung ist angesichts dieser drohenden Gefahr dringender denn je, damit dieser Augiasstall ausgemistet werden kann.

Unruhe in den Bergbaugebieten

Bitterfeld, 18. Oktober.

Auf Grund der wirtschaftlichen Notlage legte am Dienstag die Belegschaft der Grube „Hermine" die Arbeit nieder. Sie wählte eine viergliedrige Kommission, die der Direktion bestimmte Forderungen wirtschaftlicher Natur überreichte. Unter anderem die sofortige Zahlung von zwei Milliarden und die Lieferung von zwei Pfund Fett. Nach Rücksprache mit der Direktion wurde eine Abschlagszahlung von 250 Millionen für Verheiratete zugestanden, für Ledige wurde nichts gezahlt. Dagegen ließ die Direktion erklären, daß, wer bis 10 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen habe, als entlassen gelte. Im Interesse der Gesamtsituation traten die Führer der Arbeiter selbst dafür ein, auf Grund dieser geringen Forderungen es nicht zum Streik kommen zu lassen, sondern die Kräfte für den Endkampf aufzusparen.

Die Arbeit wurde daraufhin um 10 Uhr wieder aufgenommen, jedoch mit dem Vorbehalt, nur zu fördern, wie es dem ausgemergelten Körper zukommt.

Die Bewegung auf der Grube „Hermine" veranlaßte auch die Belegschaft der Greppiner Werke, ohne die Arbeit niederzulegen, den Betriebsrat zur Direktion mit der Forderung zu entsenden: Sofortige Zahlung eines Abschlages von zwei Milliarden. Die Direktion erklärte, nicht imstande zu sein, soviel Geld zu beschaffen, ließ aber die vorhandenen Beträge auf die Belegschaft verteilen.

Junkermark — Proletenmark

Das Geld der Diktatur des Volksbetrugs wird nun amtlich angekündigt: das Geld der Junker und Schlotbarone gegen die Arbeiter. Das Hungerregiment der Großen Koalition vollendet sich.

Die von Helfferich erfundene, von Hilferding weitergegebene, von Luther und Stresemann realisierte Geistestat beglückt das deutsche Volk von seinem dreckigen Papiergeld und 99 Notgeldsorten mit noch ein paar Papierscheinen. Papier ist geduldig. Man nennt das neue Geld Rentenmark und die Währungsreform ist fertig. In der Tat wird das Stresemann-Deutschland nun außer dem Stinnes-, Krupp- und Thyssen-Geld, außer den Zetteln der Länder und Gemeinden vier Papiergeldsorten haben:

Reichsbanknoten mit Golddeckung der Reichsbank — für den internationalen Verkehr. Aber diese Reichsbanknoten werden ausgegeben in dem Augenblick, wo der unsterbliche Havenstein durch seine Stützungsaktionen den Landesverrätern an der Ruhr Goldmillion um Goldmillion vom Reichsbankgeld in den Rachen wirft. Die Reichsbanknote für den Stinnesschacher mit Poincaré sichert nicht mehr die Hoheit Deutschlands im internationalen Verkehr. Sie trägt nur dazu bei, es noch mehr dem französischen Schwerkapital zu verstlaven.

Die Rentenmark — das neue Geld. Angeblich gesichert durch die Grundschulden der Junker und Goldempfichtungen der Industriebarone; in Wirklichkeit aber ein neues ungedecktes Papiergeld der Junker und Schwerkapitalisten im Inlandverkehr zur Bewucherung des Volkes. Denn die Rentenmark wird nicht gegen Gold eingelöst — das ist die Grundlage jedes vollgültigen Papiergelds —, sondern gegen Rentenbriefe. Die Rentenbriefe wieder geben kein Anrecht auf die verpfändeten Grundstücke und Industrieunternehmungen — das wäre der Beginn einer Schwerterfassung —, sondern wieder nur auf Rentenmarknoten. Papier ist durch Papier gedeckt; Papier tauscht sich gegen Papier: ein lieblicher Kreis von Unsinnigkeiten. Aber — und das ist der Witz —: die Rentenmark, die sich nach Goldmark berechnet, ist heute, wo die Goldmark fast auf eine Milliarde steht, eine so große Goldeinheit, daß sie für die Proleten nicht in Betracht kommt. Das „niedere" Volk soll mit ihr nichts zu schaffen haben, sie soll von den Schmutzhänden zutiger Proletarier nicht verdreckt werden. Sie soll keinen Arme-Leute-Geruch mit sich tragen. Das könnte die feine Nase der Stinnes und Helfferich beleidigen. Sie reservieren ihr Geld für sich, für ihren Verkehr und machen es dadurch wertbeständig gegen die Arbeiter.

Je höher der Roggen- und Brotpreis, je höher die Profite der Stinnes, um so höher wird das Geld der Junker und Schlotbarone stehen. Je mehr die Arbeiter, die Kleinhändler, Beamten und Angestellten hungern, um so besser für die Rentenmark.

Es genügt, zu wissen, daß im Verwaltungsrat der Rentenbank die Führer des Landbunds, mit Röficke an der Spitze, das Schwerkapital mit Sorge von Siemens und Bücher, vom Stinnes-Reichsverband der deutschen Industrie sitzen, um zu erkennen, was die Rentenmark bedeutet: die Auslieferung der deutschen Währung an Junker-, Schwer- und Bankkapital.

Die Goldanleihe ist das dritte Geld — das Geld des Großhandels. Goldanleihe ohne Gold — Papierscheine über einen jämmerlich mißglückten Pump des Reiches. Ueber einen, zwei und fünf Dollar sollen diese Goldanleihe-Geldscheine lauten. Was Stinnes und Röficke recht ist, ist den großen Wucherern und Schiebern billig. Auch sie sollen ihr eigenes Geld haben — unberührt und unbeeinflußt von der Not der Werktätigen.

Die Papiermark ist der Rest. Sie bleibt gesetzliches Zahlungsmittel. Der Prolet muß sie nehmen, ob er will oder nicht. Ihr Wert bestimmt sich frei nach dem Dollarkurs. Die Junker, Börsenbarone und Zechenherren retten sich; die Masse des Volkes verreckt. Das ist der Sinn der Währungsreform.

Die angekündigte Einstellung der Notenpresse: Bluff in dem Augenblick, wo für drei Milliarden oder mehr Goldmark Rentenmark ausgegeben werden. (In Papiergeld umgerechnet eine Summe, die den heute in Zahlen kaum noch auszudrückenden Papiergeldumlauf verviefacht.) Neues zusätzliches Geld wird geschaffen, das mit der ganzen Wucht seiner Masse auch die Papiermark drückt und sie entwertet, weil sie allein, das Proletengeld, ungesichert ist.

Einstellung der ungedeckten Reichskredite — Bluff in dem Augenblick, wo die neue Rentenbank dem Reich für 1, 2 Milliarden Rentenmark neue Kredite gibt, die genau so ungedeckt sind wie die bisher der Reichsbank gegebenen Reichsschatzwechsel.

Stand der Dollar bis jetzt 5 bis 7 Milliarden Papiermark, so wird er morgen und übermorgen 15, 30, 50, 100 Milliarden Papiermark kosten. Es gibt kein Halten mehr für das Proletengeld. Aber ein Trost bleibt: die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel. Das arbeitende Volk wird in ihr entlohnt, der kleine Händler bekommt in ihr seinen mühselig erarbeiteten Verdienst, der Schriftsteller sein klägliches Honorar, der Arzt, der Anwalt seine Gebühren, der Beamte und Angestellte sein Gehalt; der Sozialrentner seine Bettelpfennige, der Arbeitslose seine Unterstützung, bis auch diese ihm Stresemann wegnimmt.

Junkergeld — Proletengeld.

Die stumme Masse geht kaputt, die Stinnes und Röficke werden fett. Die Währungssanierung Stresemanns ist das Schluß- und Kernstück der Kapitalsdiktatur gegen alle Arbeitenden.

Zur Währungssanierung gehört der Schutz der Produktionssabotage durch Stresemanns Demobilmachungsverordnungen, die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, der Raub des Achtstundentages. Mit den Knochen der Proletarier, mit Hunger, Not und würgendem Elend will der Kapitalismus in Deutschland sich und seine Währung retten.

Zur Währungssanierung Stresemanns gehört die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen, das Verbot der Aktionsausschüsse und Betriebsrätekongresse, die Kommunistenverfolgungen, die Unterdrückung der Arbeiterpresse, die dem Volke die Wahrheit sagt.

Die Währungssanierung Stresemanns ist ein Schritt weiter im Bürgerkrieg, der Kapitals- und Generalsdiktatur gegen das deutsche Volk.

Die Währungssanierung beweist wieder: nicht mehr mit Stimmzetteln im Parlament, das Stresemann, Ebert und Seeckt auseinandertagen, wird die Krise, die Deutschland zerreißt, friedlich geschlichtet. Nicht mehr mit der Waffe der Kritik, mit wissenschaftlichen Erörterungen werden die Geldfragen gelöst, Stresemann und Stinnes, Helfferich und Röficke, Seeckt und Ebert haben die Goldfrage genau so wie Lohn-, Brot und Arbeitszeit, Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes zur Existenzfrage für die breiten Massen gemacht. Zur Existenzfrage, die im Bürgerkrieg entschieden wird.

Alle Mann an Deck! Proleten, Kleinhändler, Beamte, Angestellte, die Junker und Schlotbarone zeigen Euch den Weg, den Ihr zu gehen habt. Schafft Euch Euer Geld gegen sie, indem Ihr kämpft. Kämpft um Eure Freiheit gegen den Belagerungszustand, für die Schwerterfassung und Produktionskontrolle! Kämpft für die Arbeiter- und Bauern-Regierung Deutschlands!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0002

Reichswehroffiziere rekognoszieren das mitteldeutsche Gelände

(Eig. Drahtm.) **Erfurt**, 18. Oktober.

Der Aufmarschplan der Reaktion gegen das Rote Sachsen und Thüringen wird durch nachfolgende Meldungen neu illustriert.

In Suhl, wo sich der Zentralaktionsausschuß der gemeinsamen proletarischen Abwehrfront für Südthüringen befindet, sind am vergangenen Sonnabend Offiziere der Reichswehr eingetroffen. In Begleitung mit dem Schupomajor haben sie eine ausgedehnte Besichtigung des Gesamtgeländes vorgenommen. Alle strategischen Punkte wurden besucht.

Zwei Tage später sind bei allen tätigen Funktionären der Kommunistischen Partei Haussuchungen nach Waffen vorgenommen worden. Die Suhler Arbeiterschaft ist sehr erregt, rüstet aber ruhig für die Abwehr weiter. Die Aktionsausschüsse verbreiten sich in allen Betrieben. Auch die sozialdemokratischen Parteisekretäre sind gemeinsam mit den Kommunisten in der Leitung.

Die Eisenacher „Volkszeitung", die bisher immer für die Koalitionspolitik eingetreten ist, hat bei den Arbeitern und dem Mittelstand bedeutend an Einfluß verloren. Die Redaktion hat jetzt eine Schwenkung vollzogen und tritt ebenfalls für die Bildung der gemeinsamen Einheitsfront ein. Im Bureau der kommunistischen Zeitung „Volkswille", die in Suhl erscheint, und im Metallarbeiterbureau sind Haussuchungen abgehalten worden. Es konnte nichts gefunden werden.

Eigentümlich berührt, daß die ganze Verfolgungstaktik im engen Zusammenhang mit dem Rekognoszierungsfeldzug der Reichswehroffiziere steht. Wenn die Reichswehroffiziere in Erfurt gewesen sind, werden dort Haussuchungen vorgenommen. Waren sie in Suhl, so tritt dort dasselbe ein.

Der Aufforderung des Generals Reinhardt auf Ablieferung der Waffen leisten die Arbeiter keine Folge. Die Hundertschaftsbewegung wächst. In der Greizer und Schleizer Gegend werden auch in den Orten, wo keine Kommunistische Partei besteht, Hundertschaften gebildet. Die Arbeiter-Sportvereine bilden die organisatorische Grundlage.

In Pößneck hat eine große Versammlung der Gewerkschaften beschlossen, beim ersten Vorgehen der Reichswehr den Generalstreik durchzuführen. Die USPD. und selbst die bürgerlichen Gewerkschaften stimmten für den Generalstreik.

Das „Saalfelder Volksblatt", das bisher für die Koalition eintrat, hat ebenfalls eine Schwenkung vollzogen; trotzdem nimmt sein Einfluß stark ab.

Der militärische Aufmarschplan der Reichswehroffiziere ist festgelegt. Sie haben ihre Stellungen befestigt. Das offene Vorgehen der Militaristen hat die Arbeiterschaft mobilisiert. Wichtig ist, daß die Thüringer Arbeiter den weiteren Transport von Schwarzer Reichswehr an die in Frage kommenden strategischen Punkte verhindern und diesen Banditen die Waffen abnehmen und gegen sie kehren.

Die Weiße und die Rote Armee

Uns wird ein Brief eines ehemaligen Reichswehrsoldaten mit der Bitte um Veröffentlichung zur Verfügung gestellt, den wir auszugsweise veröffentlichen:

Lieber Freund Karl!

Du wirst über diesen Brief gewiß überrascht sein. Das hättest Du sicher nicht erwartet, von mir aus Rußland einen Brief zu erhalten. Ich will Dir nun kurz mitteilen, wie ich nach Rußland gekommen bin und wie es mir jetzt geht.

Ich habe Dir damals schon mitgeteilt, daß wir Unteroffiziere ebenso wie die Mannschaften unter der Schikaniererei der Offiziere zu leiden haben. Der Schliff wurde immer schlimmer, bis wir eines Tages den Dienst verweigerten. Wir wurden eingesperrt und sollten verurteilt werden. Lieber Karl! Ich bin nun neun Jahr Soldat und habe noch keinen einzigen Tag Arrest oder eine andere Strafe gehabt und nun sollte ich wegen der Schurigelei eines jungen Leutnants ins Gefängnis gehen, meine Karriere sollte verfaut werden. Das konnte ich nicht ertragen, ich floh, und es gelang mir, nach Rußland zu entkommen. Und was meinst Du, was ich jetzt treibe, was ich jetzt bin? Offizier in der Roten Armee. Da bist Du erstaunt, und ich selbst bin es. Ich kam nach Rußland, mit der Absicht, mich als Arbeiter in irgendeiner der deutschen Kolonien durchs Leben zu schlagen. Ich wurde zunächst, da ich natürlich keinen gültigen Paß hatte, festgesetzt. Das geschieht nun nicht so wie in Deutschland bei Wasser und Brot, sondern ich wurde in einer Kaserne untergebracht. Offen erzählte ich den Behörden den Grund meiner Flucht. Zuerst wurde ich natürlich mit Mißtrauen aufgenommen, doch als ich dann dem Offiziersstab, dem sehr viel deutschsprechende Offiziere, ja selbst ehemalige deutsche Offiziere, die teils von der Kriegsgefangenschaft, teils von dem Judenitsch-Feldzug her in Rußland sind, angehören, meine Kenntnisse und Fähigkeiten zeigte, da wurde ich der Roten Armee eingereiht. Nach eingehendem Sprachstudium wurde ich zu einem viermonatigen Kursus zur Roten Kommandeurschule geschickt und dann nach Beendigung des Kursus als Offizier in ein Regiment eingestellt, in dem viele deutsche Soldaten sind. Weißt Du, in der Roten Armee ist das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft ein ganz anderes. Auch die alten Offiziere der Zaren-Armee, die allerdings in ganz verschwindenden Maße noch in der Armee sind, haben sich einen Ton angewöhnt, den sie früher gewiß nicht angeschlagen haben. Was ich also in Deutschland nicht erreichen konnte und niemals erreicht hätte, hier bin ich es geworden, und ich kann Dir sagen, daß ich äußerst zufrieden bin. Du weißt, ich bin mit Leib und Seele Soldat. Bei den Russen, ich sage mit Stolz: bei unserer Roten Armee, geht es nicht nach der Herkunft, sondern nach der persönlichen Tüchtigkeit, hier wird der Mensch als Person geachtet, und wer tüchtig und strebsam ist, der kommt auch hier zu etwas, hier ist wohl strenge Disziplin, aber nicht diese Unterordnung, die man in der deutschen Armee als Kadavergehorsam bezeichnet. Du wirst Dich erinnern, daß wir so manches Mal über den Russen gelacht haben, doch die heutige russische Armee ist nicht die Zaren-Armee, sie ist eine Armee, deren Kampfstärke bedeutend gewachsen ist und in der sich auch der einfachste Soldat als Mensch fühlt.

Französische Rüstungskredite für Polen

OE. **Warschau**, 17. Oktober.

Der französische Senator Bérenger, der gegenwärtig in Warschau weilt, bezeichnete in einer Rede bei einem Empfang der Warschauer Presse als den Zweck seiner Reise das Studium des polnischen Staatshaushaltes, da der französische Senat über eine Vorlage betreffend **Bewilligung von Krediten an Polen, Rumänien, Südslawien zu beschließen habe.** Diese drei Länder sollen **insgesamt 800 Millionen Francs zu Verteidigungszwecken** (!! D. Red.) erhalten. Bérenger erklärte jedoch, der Gesamtbetrag werde seines Erachtens noch bedeutend erhöht und **über 1 Milliarde, ja vielleicht 1½ Milliarde betragen.** Davon solle Polen 400 Millionen erhalten. Man wisse in Frankreich, daß, wenn Polen bedroht werde, auch Frankreich bedroht werde. Alle Führer des deutschen Volkes, von Bismarck bis Erzberger, hätten behauptet (?), solange Polen bestehe, werde nie eine feste Verbindung zwischen Rußland und Deutschland erreicht werden, um wieder gegen Frankreich loszuschlagen. Bérenger versicherte, er werde alles tun, damit Polen das erhalte, was es für seine Landesverteidigung brauche. Doch betonte der Senator, daß die polnischen Steuern, verglichen mit den französischen, sehr gering seien, er gebe daher Polen den freundschaftlichen Rat, höhere Steuern zu erheben und sparsamer zu wirtschaften.

*

1½ Milliarde Franks für die Rüstungen gegen Rußland, denn nur gegen Rußland rüstet Polen und Frankreich. In diesem Zusammenhange ist die Ermordung des russischen Grenzkommissars zu verstehen. Das internationale Kapital rüstet gegen die internationale Arbeiterklasse, gegen das deutsche wie gegen das russische Proletariat. Erst soll die deutsche und dann die russische Arbeiterschaft niederkartätscht werden. Deshalb ist jetzt die Schicksalsgemeinschaft des deutschen und russischen Proletariats enger und fester denn je.

Die Kommunisten helfen der hungernden Bevölkerung in Japan

Berlin, 17. Oktober.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe (Berlin W 8, Unter den Linden 11) hat in seiner letzten Sitzung, die sich mit der Japan-Frage beschäftigte, den Beschluß gefaßt, für die durch die ungeheuere Naturkatastrophe betroffenen japanischen Arbeiter und Bauern eine breite und großzügige Hilfsaktion zu organisieren.

Während der Hungersnot in Rußland hat die Internationale Arbeiterhilfe für die hungernden russischen Arbeiter und Bauern nebst großen Geldsummen, 40 000 Tons Lebensmittel und Hilfsmittel aller Art gesammelt.

Die Internationale Arbeiterhilfe sieht sich nun durch die ungeheure Not der Werktätigen in Japan veranlaßt, ihre Organisation in den Dienst der japanischen notleidenden Arbeiterschaft zu stellen.

Alle Landeskomitees der Internationalen Arbeiterhilfe sind von dieser Aktion telegraphisch benachrichtigt und haben bereits mit der Organisation dieser Aktion begonnen. In England und in der Schweiz sind schon positive Erfolge erzielt.

Ferner haben die russischen Gewerkschaften und das russische Zentral-Exekutivkomitee je 30 000 Goldmark für die japanischen Arbeiter und Bauern gespendet und in allernächster Zeit werden größere Lebensmittelsendungen nach Japan abgehen.

Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterklasse

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 17. Oktober.

Mit der gleichen Begründung wie der „Kämpfer" und die „Tribüne" ist die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", das kommunistische Organ für Westsachsen, auf 14 Tage verboten worden.

Berlin, 18. Oktober.

Der „Weckruf", das Berliner Organ der USPD., ist von dem Militärbefehlshaber im Wehrkreis III ohne Begründung und Befristung verboten worden. Das zweitemal unbefristet verboten wurde am 16. Oktober auch das kommunistische „Nordwestdeutsche Echo" (Bremen) mit allen Kopfblättern.

Damit ist die 31. kommunistische Zeitung verboten.

Der Staatsgerichtshof vollendet die Rüstungen der Konterrevolution

Nachdem Ehrhardt unter der Mitwirkung des Staatsgerichtshofes entfliehen konnte, nachdem der Staatsgerichtshof Roßbach zur Organisierung der Konterrevolution nach Bayern geschickt hat, ist jetzt auf Anordnung des Staatsgerichtshofes der seinerzeit wegen der Organisierung der Befreiung Ehrhardts verhaftete Freiherr v. d. Busche und seine Frau aus der Haft entlassen worden. Der Staatsgerichtshof ist ein Gerichtshof nicht zum Schutze der Republik, sondern zum Schutze und zur Förderung der Konterrevolution und der Monarchie.

Die gesamte Belegschaft der Chemischen Fabrik Jakob in Ammendorf ausgesperrt

Wegen seines Eintretens für die Interessen der Belegschaft wurde der Betriebsrat der genannten Firma von der Direktion mit allen Mitteln bekämpft, so daß er sich veranlaßt sah, sein Amt niederzulegen. Am 16. August erfolgte daraufhin die Neuwahl des Gesamtbetriebsrates. Nunmehr erhob die Direktion Einwände gegen die Wahlmaßnahmen. Sie erklärte, die Wahl sei nicht auf gesetzlichem Wege erfolgt und entließ den Betriebsratsvorsitzenden Blume. Die Belegschaft veranstaltete daraufhin am Dienstag während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung, um zur Entlassung ihres Betriebsrates Stellung zu nehmen. Ein als Streikbrecher bekannter Arbeiter beteiligte sich nicht an der Versammlung. Die Belegschaft versuchte deshalb geschlossen, ihn zur Solidarität zu bewegen. Daraufhin wandte er sich beschwerdeführend an die Direktion. Der Oberscharfmacher Jakob verlangte nunmehr die Auflösung der Versammlung innerhalb fünf Minuten, andernfalls die gesamte Belegschaft fristlos entlassen sei und sprach die Entlassung aus, als die fünf Minuten verstrichen waren, ohne daß die Arbeiter sich an ihre Arbeit begeben hatten. Die Belegschaft steht also im Abwehrkampf. Vor Arbeitsannahme bei dieser Firma wird gewarnt.

Die Notfront der Berliner Arbeiterschaft

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. Oktober.

Am 17. Oktober haben die erweiterten Ortsvorstände sämtlicher gewerkschaftlichen Arbeiter- Angestellten- und Beamtenorganisationen Groß-Berlins Stellung genommen zu dem Vorstoß der Unternehmer. Nach einer stürmischen Debatte wurde noch folgende Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Sollte es dieselbe Reichsregierung wagen, die in Bayern Verfassung und Gesetz ruhig vergewaltigen läßt, ihre bewaffnete Macht gegen die sächsischen und thüringischen Arbeiter zu senden, so erwartet die Versammlung, daß auf dieses Attentat unverzüglich die einzig mögliche Antwort von den Spitzen der Gewerkschaften erteilt wird,

die sofortige Proklamierung des Generalstreiks.

In zwölfter Stunde ruft die Versammlung die Arbeiterschaft im ganzen Reiche zu, eine eiserne Notfront zu bilden, und zu diesem Zweck in jedem Betrieb, in jedem Ort gemeinsame Aktionsausschüsse zu bilden. Die Entschließung endet:

Nieder mit dem Belagerungszustand!
Hände weg vom Achtstundentag!
Hände weg vom Roten Mitteldeutschland!
Es lebe die Einheitsfront!
Rüstet zum Kampf, rüstet zum Generalstreik!
Es geht um Leben und Tod der Arbeiterklasse.

Die erweiterten Ortsverwaltungen der Berliner Gewerkschaftskommission, der AfA. und des Beamtenbundes.

Vom
BÜRGERKRIEG
Eine Schriftenfolge
Jedes Heft M. 0,20

S. I. GUSSOW:
Die Lehren des Bürgerkrieges
Grundzahl broschiert M. 0,70

W. ANTONOW-OWSEJENKO:
Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution
Grundpreis M. 0,50

KAMPFSCHRIFTEN

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von der Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstr. 14, und deren Filialen.
*289

Die „fetten" Löhne der Landarbeiter

Die Agrarier behaupten immer, daß die hohen Löhne der Landarbeiter an den hohen Preisen der Lebensmittel schuld seien. Vor uns liegt ein Lohnzettel einer Landarbeiterin des dem Major a. D. Müller gehörenden Rittergutes Klosterode bei Blankenheim. Diese Arbeiterin erhielt am 13. Oktober einen Barlohn von 211 000 000 Mk. für 45 Stunden Arbeit und dazu ein Deputat von täglich zwei Pfund Getreide und zehn Pfund Kartoffeln.

Die Arbeiterin kann sich also für ihren Wochenlohn gerade ¼ Pfund Stresemann-Butter (Margarine) kaufen.

Herr Rittergutsbesitzer Müller! Es wird erzählt, daß Sie zu einer Mahlzeit mehr als ¼ Pfund gute Butter essen. Wie soll die Arbeiterin bei einem derartigen Lohn bei Kräften bleiben?

Trotz Kahr, Kongreß der bayrischen Betriebsräte

(Eig. Bericht.) **München**, 18. Oktober.

Im Zentrum der deutschen Reaktion in Bayern, in München, kämpfen die Arbeiter trotz Bedrohung mit Todesstrafe und lebenslänglicher Festungshaft für die Revolutionierung Deutschlands.

Kahrs Polizeitruppen haben vergangene Woche die Gewerkschaftsräume durchsucht, das Ortsbureau der Kommunistischen Partei nach Flugblättern durchforscht und 12 bis 16 kommunistische Betriebsräte festgenommen. Die Kommunisten Buchmann und Goetz, sowie einige andere sind heute noch in Haft. Die Kahr-Polizei wollte mit den Verhafteten die Vorbereitungen zu dem Betriebsrätekongreß für Bayern unmöglich machen. In den Privatwohnungen bekannter revolutionärer Arbeiter wurde gehausucht. Der Betriebsrätekongreß fand doch statt. Im Roten Saal in Plauen fand am 14. Oktober der verbotene Kongreß statt. Die Vorbereitungen, die in Bayern illegal getroffen werden mußten, haben es doch zustande gebracht, daß 149 Betriebsräte auf dem Kongreß erschienen. 99 gehören der KPD., 19 der SPD., 8 der USPD. an, 23 sind politisch nicht organisiert. Hermann Remmele referierte über die politisch-wirtschaftliche Lage. Paul Levi, der anläßlich einer Unterbezirkskonferenz der SPD. in Plauen anwesend war, wurde veranlaßt, ebenfalls seine Meinung zu äußern. Levis Aeußerungen waren aber nur negativer Natur.

Die Betriebsräte haben mehrere Entschließungen angenommen.

Die erste Entschließung wendet sich an die Werktätigen Bayerns. Sie werden aufgefordert, den Parolen der Betriebsräte durch die Tat Nachdruck zu verschaffen.

Die zweite ist an die sächsische Regierung gerichtet und begrüßt den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und den Kampf des sächsischen Proletariats. Die Adresse schließt: „Nieder mit Kahr-Bayern! Es lebe das Rote Sachsen! Es lebe das Rote Thüringen!"

An die politischen Gefangenen wurde ein Gruß übermittelt. Die Betriebsräte versprechen, nicht zu ruhen, bis die politischen Gefangenen von ihren Unterdrückern befreit sind.

An die Diktatur Kahr richtete der Kongreß ebenfalls einen Gruß, der in einer Kampfansage an das Regime Kahr ausklingt.

Wachsender Kampfeswille in Mecklenburg

(Eig. Drahtm.) **Rostock**, 18. Okt.

Bei den Land- und Industriearbeitern herrscht starke Erregung, da alle Gutsbesitzer bewaffnete Ortswehren ausbilden. Unter Beteiligung der Reichswehroffiziere finden Geländeübungen statt. Die Aktionsausschußbewegung wächst. Unter der Eisenbahnarbeiterschaft besteht der Wille, den Achtstundentag sich nicht nehmen zu lassen.

Die Franzosen beschlagnahmen deutsche Gruben

Recklinghausen, 18. Oktober.

Die Zeche „König Ludwig" wurde von den Franzosen für die französische Regie beschlagnahmt. Gegen die rechtswidrige Beschlagnahme wird vom Grubenvorstand in Gemeinschaft mit einem Ausschuß des Bergbaulichen Vereins Einspruch erhoben werden.

Aus der Provinz

Landrat Vogl als Marionette der weißen Generale

Nun kenn ich Deine würdigen Absichten,
Du kannst im Großen nichts verrichten
Und fängst es nun im Kleinen an.

„So nach und nach wird man ja von einem Sozialdemokraten dieser Sorte alles gewöhnt", sagte vor einigen Tagen ein sozialdemokratischer Arbeiter zu einem Arbeitskollegen. Und in der Tat. Wie die kaiserlich-republikanischen Generale pfeifen, so tanzen die Marionetten der Republik. Landrat Vogl, auf dessen geheiligte Person am Sonntag ein Attentat verübt wurde, hoffte, daß der Attentäter entkommen ist, hat sich zur Marionette der Weißen Generale erniedrigt. Der preußische Minister des Innern, „Genosse" Severing, hat bekanntlich im Vollgefühl seiner Courage, den „Reichsausschuß deutscher Betriebsräte" verboten. Doch so einfach läßt sich eine Organisation der Arbeiterklasse nicht aus der Welt hexen. Hätten die Teutschen die Geschichte des Sozialismus begriffen, dann müßten sie daraus gelernt haben. Seitdem die Militärdiktatur herrscht, haben die monarchistischen Generale und ihre Hintermänner das Amt der Unterdrücker übernommen. Blindwütig rasen sie gegen die Arbeiterschaft, und zwar in einer Weise, daß selbst Sozialdemokraten nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes rufen. Doch der Landrat Vogl erweist sich als würdiger Stiefellecker der blutgierigen Soldateska. Er will den Maßnahmen des Generals Müller noch „besonderen Nachdruck" verleihen. In einer Bekanntmachung von ihm heißt es:

Der „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte" versucht also im Auftrag der Kommunistischen Partei und außerhalb des Bodens der Gewerkschaften stehend, die bittere Not des Augenblickes auszunützen, um die arbeitende Bevölkerung zur Durchführung seiner eigennützigen Ziele zu gewinnen, um sie noch tiefer ins Elend und Unglück zu stürzen.

Werktätiges Volk, wache auf und lasse Dich nicht als Marionette der kommunistischen Drahtzieher benutzen!

Halte Dich lediglich an Deine legalen gewerkschaftlichen Organisationen und folge nur den Anordnungen Deiner erproben und bewährten Gewerkschaftsführer.

Im Auftrage des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV weise ich sämtliche Polizeiorgane des Kreises an, aufreizende Aufrufe der Kommunistischen Partei, sowie auch des „Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte", sowie aller sonstigen staatsfeindlichen Organisationen, die öffentlich angeschlagen sind, in Betrieben verteilt, sowie auch sonst aufgefunden werden, sofort zu entfernen.

Den Gemeindevorstehern mache ich ebenfalls zur Pflicht, derartige staatsfeindliche Plakate die innerhalb ihres Bezirkes zum öffentlichen Anschlag kommen, zu entfernen und mir sofort zu übersenden.

Die Personen, die derartige staatsfeindliche Plakate ankleben, verteilen oder in Verwahr halten, sind sofort dem nächsten Landjäger bzw. Amtsvorsteher zur Festnahme und strafrechtlichen Verfolgung anzuzeigen. Verschwiegenheit über die Person des Anzeigenden wird gewährleistet.

Ich ersuche die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung des Kreises das Bestreben der Reichs- und Staatsbehörden, Ruhe und Ordnung trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten, zu unterstützen und mir von allen wichtig erscheinenden Vorgängen sofort schriftlich, mündlich oder telephonisch Mitteilung zu machen.

Auch die „Herkulesmanieren" eines Landrat Vogl, der noch Anspruch erhebt, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu sein, werden die Entwicklung nicht aufhalten. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber werden den Vogl einmal rufen müssen in einer der nächsten Mitgliederversammlungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0003

Aus dem Geiseltal

Daß auch im Geiseltal noch nicht alle Kräfte eingeschlafen sind, beweist der gesunde Geist, der unter den Funktionären der einzelnen Werke herrscht. Diese hatten sich am Montag zusammengefunden, um über die Maßnahmen zu beraten, die in dieser schweren Zeit zu treffen sind. Einmütig waren die Versammelten der Meinung, daß der Weg, den das sächsische Proletariat eingeschlagen hat, weiterzuschreiten und ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Arbeiter, gleichwie organisiert, mehr denn je das Gebot der Stunde ist. Die Vertreter der einzelnen Werke gaben kurze Darstellungen, wie die Werksleitungen versuchen, ihre Belegschaften mit Palliativmitteln hinzuhalten. Unter dem Drucke der Verhältnisse lieferte z. B. das Werk „Pfännerhall" den Arbeitern am Sonnabend ¼ Kilo Fettigkeiten. „Cecilie" lieferte, großmütig wie immer, den Vorschuß zur Wochenkarte. Die Hauptsache ist ja, daß die Kumpels zur Arbeit fahren können; ob sie für sich und ihre Familien etwas zu beißen haben, danach fragt kein Werksdirektor, am allerletzten jener von der Grube „Cecilie". Etwas ganz Hervorragendes leistete sich, wie immer, das arme Michelwerk. Nachdem man die Belegschaft schon wochenlang um die tariflich vereinbarten Löhne geprellt hat, gibt man mit der jovialsten Miene für 200 Millionen ein Pfund amerikanisches Fett unter der Bedingung, daß bei der nächsten Zahlung nochmals 200 Millionen von dem Lohne abgezogen werden. Die Kumpels können nun das Bild ihres Herrn Direktors mit dem Strichpinsel in Fett auf das trockene Brot schreiben. Um das Bild werden natürlich Lorbeerblätter gemalt. Verdient hat es dieser Herr gewiß für sein Verhalten beim Auguststreik. Als er am Streikmontag zur Belegschaftsversammlung ging, nahm er rührend Abschied von seiner besseren Hälfte, unter Zurücklassung von Uhr, Siegelring und anderer Wertsachen. Just so, als ob es gegen den „Erbfeind" ginge. Jetzt, nachdem alles scheinbar wieder ruhig ist, fühlt sich dieser gute Mann wieder sehr stark, und neben ihm sein famulus, Herr Kohlmann. Doch auch den Willkürakten dieser Helden wird die tatbereite Belegschaft einen Damm entgegenzusetzen verstehen. Der Vulkan glimmt unter der Oberfläche; ein Windstoß genügt, um die Glut zur hellen Flamme emporlodern zu lassen. Der Geist, der in der Sitzung herrschte, war noch immer:

Einst kommt der Tag, da wir uns rächen,
Dann wollen wir die Richter sein.

Delitzsch. Typhus. In dem Grundstück Bismarckstraße 54 ist ein Fall von Unterleibstyphus vorgekommen. Der Erkrankte wurde dem Krankenhaus zugeführt. Zur Beunruhigung des Publikums liegt, wie amtlich versichert wird, kein Grund vor.

Delitzsch. Der Zuckerwucher. Wie die Preisprüfungsstelle mitteilt, ist der Kleinhandelspreis für Zucker wie folgt festgesetzt: Melis 250 Millionen Mark, Raffinade 260 Millionen Mark, Würfel 280 Millionen Mark je Pfund. Wie lange noch, und der Zucker kostet eine Milliarde, ein Brot 50 Milliarden usw. Wie lange noch . . .?

Blankenburg. Beendigung des Generalstreiks. Der Generalstreik in Blankenburg und den umliegenden Harzbezirken ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Verhandlungen brachten einen Erfolg für die Streikenden.

Magdeburg. Genosse Kamradt verhaftet. Der Genosse Kamradt ist am Sonnabend abermals verhaftet worden. Die Regierung will alle Gegner mundtot machen, indem sie die Kommunisten hinter Gefängnismauern verbannt. Doch das saubere Plänchen wird fehlschlagen.

„Klassenkampf"-Leser! Zahlt sofort die dritte Oktoberrate in Höhe von 150 Millionen Mark in großen Scheinen!

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Straße 88 UT **Leipziger Straße 88**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 19. Oktober 1923:
Erstaufführung:

Die Fürstin der Ozeanwerft

7 Akte von Walter Wassermann.

In den Hauptrollen: **Ferdinand von Alten, Albert Patry, Manja Tzatschewa, Hermann Picha, Hans Junkermann.**

Der Film schildert das Schicksal zweier Schiffbrüchiger, nicht nur, wie so oft, zusammengestellt, nein, wahres tatsächliches Leben. Schiffsuntergang, Werftanlagen, das Meer geben die Naturaufnahmen. Die Hauptdarsteller geben in ihrer Umgebung und durch ihr Spiel die Handlung. — Der Film hatte in Leipzig einen Riesenerfolg aufzuweisen.

Vorführung: 4.00, 6.20, 8.50.

Ernst Lubitsch, Albert Paulig
in dem 3aktigen Lustspiel:

„Bitte ohne Anhang."

Beginn: Sonntags 3½ Uhr — werktags 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspieltheater WT **Walhalla-Lichtspieltheater**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 19. Oktober 1923:
Gastspiel des Humoristen Stops mit seinem Ensemble

Stops als Frauenbekämpfer

(Burleske in 1 Akt).

Personen:

August Piepenhagen, Rentier .	**Dir. Stops**
Angelika, seine Frau	Liesl Voigt
Erna, deren Nichte	Else Ludwig
Dr. Falke, Arzt	Herbert Bahr
Luise Brünning, Konfektionsfee . .	Elvira Bahr

Zeit: Gegenwart.

Ort der Handlung: Piepenhagens Wohnung.

Auftreten: Sonntags 4.45 7.20 9.40. Werktags 5.40 8.20.

Der Heiratsschwindler

Sittendrama in 6 Akten von Jane Betz.

Zwei liebenswerte Frauen sind die beklagenswerten Opfer; die eine, eine weltgewandte und erfahrene Schauspielerin, die andere ein ahnungsloses, junges Ding. Ungewöhnlich fesselnd schildert der Film das hereinbrechende Verhängnis, ergreifend das Erwachen der Frauen aus dem Sinnentaumel. Doch die Gerechtigkeit siegt, und gesamt sind die allzu Vertrauensseligen dem Leben neu geschenkt. — Der Film ist eine eindringliche Warnung und klärt über verschiedene wohlberechnete Kniffe der „Zunftgenossen" auf.

Vorführung:
Sonntags 3.20, 5.50, 8.40,
werktags 4.20, 6.50, 9.30.

Alte Promenade 11a UT **Alte Promenade 11a**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 19. Oktober 1923:
Erstaufführung des May-Films der Ufa

Scheine des Todes

Schauspiel in 6 Akten mit
Eva May, Alfred Abel, Benno Decarli, Alfons Fryland, Albert Steinrück, Arnold Korff, Leonh. Haskel u. a.

Vorführung: 4.10 6.30 8.40.

Charlie Chaplin
in der Groteske

Chaplin als Portier.

Der indische Dornschweif, Naturaufnahme.

Beginn: Sonntags 3 Uhr — werktags 4 Uhr.

«UFA» «UFA»

K.P.D. Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Fraktion der Holzarbeiter. Sonnabend, 20. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Fraktionsversammlung.

Kommunistische Transportarbeiter (Berufsverband). Sonntag, 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft". Wichtige Sitzung. Parteibuch ist mitzubringen.

KPAH. Freitag abend 7 Uhr im Vereinszimmer: Wichtige Sitzung.

Zentralbibliothek Halle, Barfußstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnis jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Kreis Bitterfeld

Wolfen. Freitag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Sinnesdiktatur oder proletarische Diktatur." Referent: Genosse Paul Zaube, Halle.

Aus dem Tagebuch eines Flohs.

Lustspiel in 2 Akten.

4135

Beginn: Sonntags 3 Uhr — werktags 4 Uhr.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.
Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petersstraße 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bochum, Volkshaus.
Postscheckkonto: Leipzig 1063 28 (Fritz Kroh, Halle).
Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.
Schlußziehung: Bina 60 000 000; B.-V. 1 100 000 000.

3 Könige. Das beste Kabarett-Programm in Halle. [4139
Freitag: Kabarett und Tanz.

Stadt-Theater Donnerstag, abends 7½ Uhr: **Propheten**
Freitag: 4134 **Figaros Hochzeit.**

Zuckerpreise
ab 16. Oktober 1923:
gem. Melis Pfd. 390 Mill.
Siedesalz u. Zündhölzer
unterliegen der Goldrechnung seitens der Salinen und Fabrikanten.
Vereinigte Nahrungsmittel-Händler
Preisprüfungsstelle Halle. 4138

Reparaturen an Uhren, Goldwaren und Optik werden billigst ausgeführt
Carl Franke, Uhrmacher, Sternstraße 9 II. 4133
Kein Laden, daher billigste Preise.
Ankauf von Uhren aller Art.

Licht-Spiele
Am Riebeckplatz Am Riebeckplatz
Schon ab heute, Donnerstag!
Der schönste deutsche Gesangs-Film:

Wenn zwei sich lieben!

Ein prachtvoller Gesangs-Film, romantisch und poesiereich! — Umgeben von herrlichen Seeaufnahmen und einer wohltuenden Frische auf einem kristallenen Grund.
Die Darsteller, ausgezeichnete Kräfte deutscher Bühnen, schaffen Bilder tiefempfundener Innigkeit.
So ergötzt sich das Auge an der Schönheit der Natur und zugleich an dem befriedenden Spiel der Darsteller.

Mitwirkung berühmter Opern-Gesangskräfte!
Prachtvolle deutsche Lieder ertönen!
und die lyrisch angelegten Stellen schmeicheln sich wie zauberische Melodien einer Spieldose träumerisch ins Ohr.

Hierzu: 4136
Die große Bühnen-Schau!
Bella Polini
die rassige Filmdiva und Partnerin Harry Piels mit ihrem Ensemble
in dem neuesten Sensations-Sketch:
Mord!
Gekrönt mit großen Erfolgen in Schweden, Holland und Schweiz.
Anfang: Wochentags 4.00, Sonntags 3.00 Uhr.

Dauerwäsche Marke „Waschbär"
Ausnahme-Angebot: feser Kragen in allen Größen Stück **350 Mill.**
Bügelbinder . 130 Millionen.
4137 **Kleiner Berlin 2,**

Heizöfen, Kochöfen, 4078 Gaskocher, **Kochherde** für Notwohnungen Sparkocher, **Waschkessel.**
Christ. Glaser, Gr. Klausstr. 24. Fernruf 6138.

Gummi-Sohlen u. Absätze Sohlleder im Ausschnitt
M. Winkler, Lerchenfeldstr. 22 I.

Größte Auswahl. Billigste Preise. **Puppenwagen.** Besondere [4132 Zahlungserleichterg.
Bruno Paris, Leipzig-Str. 12

Kinderwagen und Kinderstühlchen, guterhalt., zu kaufen gegen Kartoffeln.
Hölau, Parkstr. 13.

Martha Buchwald,
Gelbstraße 15 (Ecke Kreile Straße).
Empfehle mein 4077
Wäsche-Atelier
zur Anfertigung einfacher u. eleganter **Herren- und Damenwäsche.**

Geschlechtsleiden!
Aufklärung tut not über: Syphilis-, Sex.-Schwäche-, Harnröhre, 4 Heft 50000 ℳ, Porto extra. Keine Berufsstörg. keine gilt. Einspr. Viele freiw. Anerkennung, auch in veralt. Fällen. Schreib. Sie sofort, welches Leiden Sie beunruhigt. Alles völlig diskret. Dr. med. H. **Schmidt, Spezialinstitut,** G. m. b. H. **Berlin NW 69, Rathenower Straße 72.** Sprechst. 10—1, 5—7. [*279

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Jg. Mann sucht mödl. Zimm. od. Schlafstelle. Off. an Franz Schwarz, Bismarckstr. 16. [4130

Denkt an die „Rote Hilfe".

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin
für Nauendorf (Saalkreis) gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Rich. Kittel melden.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstraße 51 Gr. Ulrichstraße 51
Schon ab heute Donnerstag
Das erfolgreichste und größte Film-Werk der ganzen Erde im Rahmen eines bedeutend verstärkten Orchesters

Die Königin von Saba!

Karten-Vorverkauf von 10—11 Uhr vormittags an der Theaterkasse.
Nur die erste Nachm.-4-Uhr-Vorstellung bietet Gewähr für einen guten Platz.
Frei- und Ehrenkarten ungültig. — Presse-karten nur Donnerstag gültig.
Werktags-Aufführungen 4.00 6.15 8.20.
Sonntags-Aufführungen 2.45 4.40 6.35 8.40

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten!!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, 18. Oktober 1923.

Neugierige Kinder

„Vater, ist es wahr, daß Deutschland früher reich gewesen ist?"

„So gewiß, mein Junge, als es jetzt arm ist."

„Damals hat es also gar keine armen Leute in Deutschland gegeben, Vater?"

„Doch, doch, mein Junge, beinahe so viel, als es im heutigen armen Deutschland reiche Leute gibt."

„Wenn wir aber heute so viele reiche Leute haben, so sind wir doch nicht arm, Vater."

„Arm ist ein Land, Junge, wenn es viele Reiche hat und reich ist ein Land, wenn es viele Arme hat."

„Vater, kann ich das jetzt schon verstehen?"

„Mein Sohn, das wirst Du nie verstehen!"

„Vater, warum ist denn das Brot so teuer?"

„Weil das Mehl so teuer ist, Junge."

„Vater, warum ist das Mehl so teuer?"

„Weil das Korn teuer ist."

„Und warum ist das Korn so teuer?"

„Weil der Dollar so hoch steht."

„Da kann doch nur das amerikanische Brot teuer sein. Warum kostet denn das deutsche ebensoviel, Vater?"

„Weil es den Weltmarktpreis erreichen muß."

„Warum muß es denn den Weltmarktpreis erreichen?"

„Damit es ebenso teuer wie das amerikanische wird."

„Vater, kann ich das heute schon verstehen?" — —

„Mein Kind, das wirst Du nie verstehen." — —

„Vater, ist unser Präsident ein Sozialdemokrat?"

„Gewesen, mein Kind."

„Warum ist er es nicht mehr?"

„Weil sich das für einen Präsidenten des Deutschen Reiches nicht schickt. Ein Präsident soll über den Parteien stehen."

„Dann stehen also alle Präsidenten über den Parteien?"

„Nur die sozialdemokratischen, Junge, weil sie objektiv sind."

„Warum hat man denn nicht schon früher Sozialdemokraten zu Präsidenten gemacht, Vater?"

„Weil man nicht gewußt hat, daß sie objektiv sind. Man glaubt immer, sie würden den Reichen nehmen und den Armen geben."

„Das wäre doch aber gut, Vater!"

„Gut, ja, aber nicht objektiv, Kind."

„Was ist denn objektiv, Vater?"

„Wenn ein Armer einem Armen etwas nimmt und es dem Reichen gibt."

„Das kann ich nicht verstehen, Vater!"

„Das wirst Du nie verstehen, Kind."

*

Verzweiflungstat eines jugendlichen Arbeiters

Hunger und Arbeitslosigkeit treibt die Menschen zur Verzweiflung. Am Sonnabend durchschnitt sich ein jugendlicher Arbeiter in der Wohnung seiner Eltern in der Schmeltzstraße die Pulsadern. Der junge Mann war dreiviertel Jahr arbeitslos. Durch die bureaukratischen Maßnahmen beim Arbeitsamt war ihm kürzlich, als er 14 Tage auf Besuch zu Verwandten aufs Land ging, um sich mal wieder ordentlich satt zu essen, die Unterstützung entzogen worden. Der junge Mann wußte jetzt keinen anderen Rat, als freiwillig aus diesem Elendsleben zu scheiden. Er konnte das Elend zu Hause nicht mehr mit ansehen. Die Schwester ist arbeitslos und bekommt keine Unterstützung und der Verdienst des Vaters reicht nicht einmal für einen.

*

Bettelnde Vollarbeiter

Gestern nachmittag trat ein Arbeiter in einen Fleischerladen und bettelte um ein Stückchen Wurst. Er sagte, daß er die ganze Woche gearbeitet und jetzt nichts mehr zu essen habe, so daß er, trotzdem er in Arbeit steht betteln müsse. Sein Arbeitsverdienst, zwei Milliarden, reiche kaum für zwei Tage. — So weit ist es also schon gekommen, daß Vollarbeiter betteln müssen.

*

5 Milliarden Vorschuß für 100 Mann

Am Sonnabend wurden die Angestellten der Mitteldeutschen Versicherungs-Gesellschaft bei der Firma vorstellig und verlangten einen Vorschuß. Die Firma kam den Angestellten auch „entgegen" und warf fünf Milliardenscheine auf den Tisch, die sich die 100 jungrigen Angestellten teilen sollten. Jeder hätte also 50 Millionen Mark Vorschuß bekommen. Auf dieses Entgegenkommen verzichteten selbstverständlich die Angestellten.

Allen Straßenbahnern gekündigt

Der Magistrat, der nun schon seit Jahr und Tag an der Straßenbahn herumdoktert, geht jetzt aufs ganze. Freudestrahlend verkündete am Mittwoch der Inspektor der Straßenbahn, daß sämtlichen Straßenbahnern zum 31. Oktober gekündigt wird. Ausgenommen natürlich er selbst und seine sonstigen Kollegen. Die Straßenbahn soll zwar noch nicht stillgelegt werden, aber man will durch diese Maßnahme verhindern, daß der Schlichtungsausschuß eingreift. Eine städtische Körperschaft geht also dazu über, die gerade jetzt erlassenen Verordnungen zu umgehen und zu sabotieren. Unsere Genossen werden gegen diese unerhörte Willkür in der nächsten Stadtverordnetensitzung aufs schärfste protestieren und die Aufhebung der Kündigungen verlangen.

Wie mit den Mitteln der Allgemeinheit gerade bei der Straßenbahn gewirtschaftet wird, zeigt folgendes Beispiel: Das Betriebsrätegesetz sowie die Verordnung vom 12. Februar 1920 sieht vor, daß bei Einschränkung des Betriebes und bei Arbeitsstreckung dem Betriebsrat rechtzeitig Kenntnis gegeben werden muß. Weiter muß dem Personal, bevor die Arbeitszeit gestreckt wird, dies entsprechend der Kündigungszeit mitgeteilt werden. Bei der Verwaltung der Straßenbahn scheint man derartige Schutzgesetze für die Arbeitnehmerschaft nicht zu kennen. Herr Bürgermeister Seidel erklärte nämlich, daß er „glaube", die Straßenbahn falle nicht unter die Verordnung. Und so kam es denn, daß am Dienstag der Magistrat vom Schlichtungsausschuß verurteilt wurde, dem Personal den ihm zustehenden Lohn wertbeständig nachzuzahlen. Wie viel Hunderte von Milliarden in Frage kommen, kann am besten Herr Bussebaum angeben.

So wird aus reiner Unfähigkeit heraus mit den Mitteln der Allgemeinheit Schindluder getrieben und die Straßenbahn in Grund und Boden gewirtschaftet. Es ist höchste Zeit, daß diese unfähigen Leute verschwinden. Seit Monaten wird „gespart", indem man dauernd Arbeiter entläßt, der Beamtenkörper aber ist bisher noch nicht verkleinert worden. Sollen all die Höheren Beamten auch jetzt noch weiter durchgeschleppt werden?

„Hallische Nachrichten" und Preisprüfungsstelle als Preistreiber

Die Veröffentlichung der Marktpreise in den Zeitungen ist eine gute Einrichtung. Selbstverständlich nur dann, wenn sie zum Schutze des Publikums gegen unberechtigte Preisforderungen erfolgt; vor allem gewissenhaft und ohne das Liebäugeln der bürgerlichen Zeitungen nach den Händlerkreisen hin. So wie die Bekanntgabe der Dollarnotierungen auch den Warenwucherern und Schiebern zugute kommt, tritt diese Wirkung selbstverständlicherweise auch ein durch die Zeitungsnotizen über Warenpreise. Geschieht also die Veröffentlichung leichtfertig, werden höhere Preise notiert als in Wirklichkeit bezahlt wurden, so wird automatisch eine unberechtigte Preissteigerung veranlaßt. Denn die Warenlieferanten, namentlich auf dem Lande, legen ihren Preisforderungen immer die Zeitungsnotizen zugrunde. Erfolgt die Veröffentlichung obendrein in der Art amtlicher Preisfestsetzung, dann wird das Ergebnis ein unerhörter Skandal. Denn das bedeutet praktisch die verschärfte Auswucherung der Konsumenten, verursacht durch die Wucherbekämpfungsbehörde selber.

Ein solcher Fall ereignete sich in Halle. Die Molkereibutter stand bisher schon so hoch im Preise, daß sie nur von begüterten Leuten noch gekauft werden konnte. Am Sonnabend voriger Woche wurde sie mit 600 bis 800 Millionen Mark das Einhalbpfundstück verkauft. Dieser Preis wurde auch am Montag noch in den hallischen Lebensmittelgeschäften für gute Butter gefordert. Trotzdem berichteten die „Hallischen Nachrichten" am Sonnabend in ihrer Lebensmittelpreistabelle, daß Molkereibutter das Stück mit 1 500 000 000 Mark bezahlt worden sei. Den Notierungen der „H. N." wird sozusagen amtlicher Charakter gegeben, durch die Bemerkung „festgestellt durch die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis". Trotzdem diese Butterpreisnotierung Schwindel war, berieten sich zu Beginn dieser Woche Molkereien und Landwirte auf sie und forderten von den Kleinhändlern für das Stück mehr als eine Milliarde. Es soll Geschäftsleute gegeben haben, die auf den Schwindel der „H. N." hineinfielen, die unverschämte Forderung der Butterproduzenten zahlten und dann — in Halle angekommen, wo die Geschäfte die Butter immer noch zu 800 bis 900 Millionen Mark verkauften —, zum Teil auf ihrer Milliardenbutter sitzen blieben. Denn wer kann heutzutage — außer den Großkapitalisten, Wucherern und Schiebern selber — für ein Stück Butter 1¼ bis 1½ Milliarde Mark anlegen? Die Arbeiter können nicht einmal mehr Kartoffeln, Brot und Margarine kaufen . . .

Die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis sollte eine Erklärung darüber abgeben, ob sie die Verantwortung tragen will, für den Skandal der wucherischen Steigerung der Butterpreise unter Berufung auf ihre Preisfestsetzungen.

Emil Eichhorn

spricht heute abend, 8 Uhr, im „Volkspark", über:

„Hat der Kapitalismus überhaupt noch Existenzberechtigung?"

Genossen und Arbeiter, sorgt für Massenbesuch!

Neue Uniformen für die Schutzpolizei

Das hallische „Volksblättchen", das in Polizeisachen immer gut unterrichtet ist, bringt gestern die Mitteilung, daß die Schutzpolizei in der nächsten Zeit neue Uniformen bekommen wird. Die neue Uniform besteht aus schwarzem Tuch mit karminrotem Vorstoß, der Rock aus blauem Tuchstoff. Die Mäntel und Umhänge werden ebenfalls aus blauem Tuchstoff angefertigt ebenso auch die Schirmmützen.

Nun wird es auf jeden Fall besser werden. Wenn der Staat wieder Geld hat für neue Uniformen, wird er auch sicher Geld haben für Erwerbslose, für Alters- und Invalidenrentner, für verarmte Mittelständler, für Waisenhäuser, für Volksschulen und so weiter. Bald wird man dann auch auf den Straßen keine bettelnden und hungernden und zerlumpten Menschen mehr sehen. Neben der funkelnagelneuen Uniform würden die Lumpengewänder der Verelendeten auch in einem gar zu schrillen Mißklang stehen. Das geht doch nicht. Man wird die Bettler doch nicht mit Gewalt von der Straße weisen können. Jedenfalls nicht durch die neu uniformierten Schutzleute. Die würden sich ja schämen müssen, wenn sie neben solch einem Menschen in zerrissenem Zeug gehen sollten. Nein! Der Staat wird auch diesen einen guten Anzug geben.

Die alten Uniformen wird man auch nicht ins Museum bringen, sondern dem Schneider zum Bau von Armeleuteanzügen überweisen.

Also . . . . es wird besser auf jeden Fall. Wie gesagt: Mit dem Frühlingserwachen (nicht Wodetindscher Art, sondern nach der staatlichen Weise gedacht) kömmen wir uns letzten Endes einverstanden erklären, wenn — ja, dieses „Wenn"!

Der Tschako! Er leuchtet zu sehr! Es sind schon etliche Pferde scheu geworden. Ob Menschen scheu geworden sind, ist nicht genau zu sagen. Es ist aber zu erwarten, daß, wenn die neue Schutzmannsuniform in den Straßen auftaucht, Ansammlungen nicht wegen Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit, sondern wegen der neuen Schutzmannsuniform stattfinden.

Hoffentlich werden die Schutzleute nicht scheu.

Dubiel ordnet weitere Haussuchungen an

In unserer Montagausgabe konnten wir unsern Lesern von den ständigen Besuchen der hallischen Kriminalpolizei in der Lerchenfeldstraße zu berichten. Erst heute erfahren wir, daß am vergangenen Sonnabendabend auch in der Privatwohnung des Genossen Fritz Kroß zwei Dubielianer vergebens gehaussucht haben. Trotzdem dem Häuptling der Abteilung I bekannt ist, wo Genosse Kroß zu finden ist, schickte er seine Beamten in den Abendstunden in die Privatwohnung, in der Annahme, endlich einen Erfolg buchen zu können. Aber auch diese Haussuchung verlief ergebnislos. Herrn Dubiels Fürsorge für Ruhe und Ordnung ist rührend. Es wird uns später schwerfallen, ihm den gebührenden Dank abzustatten.

Funktionär-, Betriebs- und Beamtenräte-Vollversammlung

Die unterzeichneten Körperschaften rufen hiermit die hallischen Gewerkschaftsfunktionäre, sowie die Betriebs- und Beamtenräte zu einer großen außerordentlichen Versammlung für Freitag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark", großer Saal, mit dem Thema:

Unsere Währungsfrage

Referent: Kollege **Schröder**

vom Hauptvorstand des ZdA.-Berlin.

In Anbetracht dieses wichtigen Themas und der furchtbaren wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft, die hervorgerufen wird durch die unzulänglichen Währungsverhältnisse ist es unumgänglich notwendig, daß alle verantwortungsvollen Gewerkschaftler zu dieser Versammlung erscheinen.

Das Mitgliedsbuch einer der unterzeichneten Organisationen angeschlossenen Verbände dient als Ausweis. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Runge verbietet auch den Unterhaltungsabend der Jugend

Die Kommunistische Jugend hatte für gestern abend einen öffentlichen Unterhaltungsabend nach dem „Volkspark" einberufen. Der Besuch dieses Abends war so stark, daß viele keinen Platz mehr im überfüllten Saale fanden und wieder umkehren mußten.

Der Abend wurde eingeleitet mit einem gemeinsamen Gesang. Nach einer kurzen Rezitation hielt ein Jugendgenosse eine Ansprache, in der er auf den Ernst der Situation besonders für die Jugendlichen hinwies. Er betonte darum auch, daß der Unterhaltungsabend der revolutionären Jugend nicht ein Abend des Vergnügtseins sein dürfe, sondern ein Abend der Sammlung und der Kraft.

Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Als man nun einen gemeinsamen Gesang anstimmte, hielt es der Abgesandte des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, ein Schupoleutnant, für eine dringende Notwendigkeit, dem Unterhaltungsabend ein Ende zu machen. „Wegen des politischen Inhalts der Ansprache bin ich gezwungen, den Unterhaltungsabend zu schließen", so erklärte der Beamte. Die Bekanntgabe des Verbots und seine Gründe wurden von den anwesenden Jugendlichen mit großem Gelächter entgegengenommen. Sie kamen aber der Aufforderung des Polizeibeamten nach und schlossen die Veranstaltung. Unter Absingen der „Internationale" leerte sich der Saal.

Herr Runge hat mit der Auflösung des gestrigen Unterhaltungsabends eine Heldentat vollbracht. Dieses Werk eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten reiht sich würdig an die Verfolgungsakte des Herrn Kahr in Bayern. Der Weiße Diktator verbietet den kommunistischen Jugendverband in Bayern und der Sozialdemokrat Runge verbietet die Versammlungen und Unterhaltungsabende der Kommunistischen Jugend.

Merkt auf, jugendliche Proletarier, sie rüsten auch gegen Euch! Schließt Euch trotzdem in der Kommunistischen Jugend zusammen zum Kampfe gegen alle Feinde und Unterdrücker des Proletariats.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Fraktion der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die in der letzten Versammlung der städtischen Betriebe bestimmten Betriebsvertrauensleute erscheinen morgen, Freitag, gleich nach Arbeitsschluß, auf dem Ortsbureau der Partei.

Kartellfraktion und Betriebsräte. Die auf heute abend anberaumte Sitzung fällt aus und findet morgen eine Stunde vor der Versammlung im „Volkspark" statt. Die Fraktions- und Industriegruppenleiter erscheinen morgen abend 7½ Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.

* **Die Veteranenbeihilfen werden „erhöht".** Die Beihilfen für die empfangsberechtigten Veteranen betragen für August 2 Millionen, für September 4 Millionen, und vom Oktober an **monatlich 10 Millionen.** Die Nachzahlung von 15 970 000 Mk. für August bis Oktober erfolgt an den bekannten Zahlstellen. — Da werden die Veteranen aber Augen machen.

* **Gold- und Silberpreise.** Für den 17. bis 19. Oktober beträgt das Goldzollaufgeld 107 999 999 900 Prozent (eine Goldzollmark gleich 1080 Millionen Papiermark). In der Zeit vom 13. bis 16. Oktober war ein Goldzollaufgeld von 24 299 999 900 Prozent zu entrichten. — Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 15. Oktober 1923 an bis auf weiteres zum 400 millionenfachen Betrage des Nennwertes.

* **Weitere Erhöhung der Eisenbahnpreise.** Von Donnerstag, den 18. Oktober, ab werden die Schlußfelzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 600 Millionen, im Güterverkehr 1000 Millionen betragen.

* **Die Männerschwimmhalle im Stadtbade** ist bis auf weiteres jeden Mittwoch von mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr für Familienbaden geöffnet.

* **Versammlung der Bundeskleingärtner** am Freitag, dem 19. Oktober, abends im „Volkspark". Aufklärung über das Zustandekommen der Pachtsumme, Beschlußfassung der Kleinpächter über die Aufrechterhaltung des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Vollzähliges Erscheinen aller Bundesmitglieder ist dringend erforderlich.

Können. Eisenbahnunglück. Am Dienstagabend entgleiste kurz vor Können ein Güterzug, wobei mehrere Wagen umstürzten. Personen sind nicht verletzt.

Arbeiter-Sport

Sportfreunde Teicha. Sonntag, den 21. Oktober, stehen sich Sportfreunde Teicha 1. und Zöbau 21 1. im Pflichtgesellschaftsspiel gegenüber. Teicha 1. kämpfte bisher recht unglücklich gegen diesen Gegner. Es wird darum ein heißes Ringen geben. Die erste Mannschaft tritt wie folgt an: Tor: W. Birke; Verteidiger: R. Berger, O. Birke; Läufer: Domagala, Locke, A. Andreas; Stürmer: Hammer, Tölleme, Schmidt, Scheibe, Brauer; Schiedsrichter: F. Pabst, Wormlitz. Die zweite Mannschaft spielt gegen Spören 1. Das Spiel der dritten Mannschaft wird in der Sitzung bekanntgegeben. Dort Aufstellung der zweiten und dritten Mannschaft. Das Spiel der ersten Mannschaft beginnt um 3½ Uhr. Kurzer spielt die zweite.

Ballspielklub Giebichenstein. Sonntag, den 21. Oktober, finden folgende Spiele statt: 1. Mannschaft gegen Teutonia 1. um 3 Uhr auf der Heinrichsburg; 2. gegen Reinsdorf 1. um ½2 Uhr auf der Heinrichsburg. Die Jugend spielt gegen Ammendorf in Ammendorf. Treffpunkt: ½9 Uhr am Riebeckplatz. Schüler gegen Lettin Schüler. Sonnabend 6 Uhr Jugend- und Schülerversammlung, um 8 Uhr Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

SSC. Viktoria 08. Am Sonntag, dem 21. Oktober, treffen sich auf dem Minervaspielplatz die 1. und 2. Mannschaft. Die 1. Mannschaft spielt wie folgt: Recke, Brendel, Bierling, Schauerhammer, Pietsch, Ullbrich, Ritzkate, Zieger, Geßling, Meyer 2, Fiblak. Spielbeginn 3 Uhr, Treffpunkt 2 Uhr bei Sieber. Die 2. Mannschaft spielt wie folgt: Haddas, Blume, Unsöld, Lüttich, Schubert, Preiß, Werner, Böge, Müller, Huth, Marx. Spielbeginn ½2 Uhr, Treffpunkt ½1 Uhr bei Steiger. Die 3. Mannschaft trifft sich um 3 Uhr auf dem Sandanger gegen Germania in folgender Aufstellung: Meyer 1, Opuntke, Stöckleim, Kiß, Merten, Schöne, Banse, Roßi, Martendorf, Hebel, Röhr. Treffpunkt ½2 Uhr in der Eisbude". Die Jugend spielt um 10 Uhr auf dem Minervaplatz gegen Minerva Jugend wie folgt: Weiß, Schmidt, Singer 1, Knöchel, Küstenbrück, Trauß, Singer 2, Schönbrodt, Kliebe, Recke, Stolle.

Fichte-Halle (Handball). Sonntag, den 14. Oktober, standen sich Fichte 1. Jugend und Passendorf 1. Jugend im Serienspiel gegenüber. Trotz des körperlichen Spiels von Passendorf konnte Fichte 1. Jugend das Spiel mit 3:0 für sich entscheiden. Sonntag, den 21. Oktober, stehen sich auf dem Fichte-Sportplatz Fichte 1. und Ammendorf 2. im Serienspiel gegenüber. Da Ammendorf 2. Ammendorf 1. mit 3:2 schlug, wird Ammendorf 2. versuchen, die Punkte für sich zu gewinnen. Das Spiel kann nicht von 3 bis 4 Uhr stattfinden, da der Platz von den Fußballern besetzt ist, sondern von 11 bis 12 Uhr. Fichte 1. spielt mit folgender Mannschaft: Haase, Drege, Schulz, Löther, O. Berger, Lehre, E. Böhme, E. Meinhardt, Schellenberg, Meinhardt, Wibig. Die 1. Jugend hat Nietleben 1. Jugend als Gegner. Die Nietleben in letzter Zeit gute Resultate erzielte, ist ein interessanter Kampf zu erwarten. Fichte 1. Jugend spielt folgendermaßen: Rosenberg, Schorbert, Henze, Harre, Bursche, Winkler, Löther, M. Meinhardt, Ricker, Böhme, R. Wibig. Freitag, den 19. Oktober, Mannschaftssitzung. Wir bitten den Schiedsrichter von Nietleben, am 21. Oktober um 11 Uhr auf unserem Platze zu erscheinen.

Heutige Devisenkurse

	18. 10. (nichtamtlich) Geld	Brief	17. 10. (amtlich) Geld	Brief
Amsterdam	31 100 000 000	—	21 516 400 000	21 653 400 000
Brüssel	—	—	291 270 000	293 730 000
Italien	—	—	237 270 000	252 630 000
Kopenhagen (f. 1 Pfd. Sterling)	36 000 000 000	—	24 937 500 000	25 062 500 000
Neuyork (für 1 Dollar)	7 600 000 000	—	5 486 250 000	5 523 750 000
Paris	—	—	231 165 000	234 885 000
Schweiz	1 427 000 000	—	986 517 500	991 472 500
Wien D.-Oesterr. abgest.	—	—	75 306 000	75 694 000

1 Goldmark am 17. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 1 309 761 904 Papiermark.

10 Uhr vorm.: Dollar 7 600 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Krähen

18] Roman von Janos Gyetvai

Mein Herz klopfte so laut, daß ich fürchtete, die Nachbarn könnten es hören.

Es schlug Drei.

Das Tor des Gemeindehauses wurde geöffnet und Soldaten erschienen. Sie stellten sich das Gemeindehaus entlang auf und bildeten um die Versammelten langsam einen Kreis. Die Leute blickten unruhig nach allen Seiten.

Bald darauf erschienen die Offiziere. Hinter ihnen brachten die Gendarmen drei gefesselte Männer. Istvan Szitef, Lörinc Pajzor und Koloman Meszaros. Auch der Notar, der Gutsherr, der Schulze und die Geschworenen traten hervor. Die alten Geschworenen, die inzwischen wieder eingesetzt worden waren.

Ein Oberleutnant stellte sich auf die Treppe. Begann zu sprechen:

„Leute, ungarische Männer und Frauen. Es ist Euch allen bekannt, welche Schmach diese Kerle der ungarischen Nation angetan haben, diese Schurken, die mit ihrer Räte-Republik das Land ins Verderben gestürzt haben. Sie nahmen Euch die Felder, hätten Euch das letzte Kissen unter dem Kopf fortgezogen, wenn sie dazu Zeit gehabt hätten. Die glorreiche Nationalarmee hat diese Raubmörder vertrieben. Für ihre Verbrechen haben viele bereits die gerechte Strafe erhalten, doch können wir nicht rasten, nicht ruhen, bis sie alle von der gerechten Strafe ereilt worden sind. Es ist Euch ja allen bekannt, daß diese Verbrecher nicht nur geraubt, sondern auch gemordet haben. Zehntausende und Zehntausende. Auch hier bei Euch haben sie gehaust. Wer aber mordet, muß durch Mord enden. Zahn um Zahn, Auge um Auge, sagt auch die Heilige Schrift."

Jemandes Zwischenruf wurde laut:

„Es wird erzählt, daß sie auch Menschen getötet haben sollen, bei uns jedoch ist keinem auch nur ein Haar gekrümmt worden."

„Taten sie es hier nicht, so doch in der Nachbargemeinde" — erklärte der Offizier. — „Das ist einerlei."

„Aber, mein Herr, auch dort fügten sie keinem ein Leid zu."

Da stand auch schon ein Gendarm hinter dem Zwischenrufer und schleppte ihn fort. Kein Zwischenruf wurde mehr laut.

„Was verdienen diese Schurken?" — fragte der Offizier. „Sagt es selbst. Euer Urteil möge entscheiden. Das Urteil des Volkes. Tod, schmachvollen Tod, das ist mein Urteil."

Tödliche Stille trat ein.

„Tod, sage ich" — fügte der Oberleutnant hinzu. — „Jeder hebe die Hand!"

Dies sagte er bereits in drohendem Kommandoton.

Die das Volk umringenden Soldaten standen auch schon mit vorgehaltenen Gewehren zwischen den Leuten.

Hier und dort hatten sich einige wenige Hände zur Hälfte erhoben.

„Das Volk hat geurteilt" — erklärte der Oberleutnant — „und wir halten es für unsere patriotische Pflicht, das Urteil des Volkes zu vollstrecken."

Ich wollte schreien. Wußte nicht, was. Die Stimme des Entsetzens wollte aus mir hervorbrechen. Doch fehlte mir der Mut, die Kraft. Karoly, Karoly will ich sehen. Wo ist Karoly, was geschieht mit ihm?

Das Volk begann sich zu zerstreuen, wiewohl die Leute gar nicht wußten, ob sie schon fortgehen dürfen. Die Soldaten hinderten sie nicht.

Allmählich blieb ich allein. Die Soldaten schickten mich fort, und da ich nicht ging, stießen sie mit den Gewehrkolben nach mir, packten mich dann und schleppten mich vom Platze.

Abends zechten die Offiziere bei den begüterten Bauern. Tranken, aßen mit ihnen, schüttelten ihnen die Hand. Auch bei den Kokais wurde gezecht. Ich sah auch, wie Lajos Kokai zur späten Nachtstunde zusammen mit den Offizieren das Haus verließ.

Die Nacht des Grauens

Ich ging den ganzen Abend zwischen unserem Häuschen und dem Gemeindehaus hin und her. Wartete darauf, spähte danach aus, wo ich Karoly erblicken, wie ich mit ihm auch nur ein Wort wechseln könnte. Bald jagten mich die Soldaten fort, bald vermochte ich nicht länger die Kälte zu ertragen.

Das Gemeindehaus war den ganzen Abend, die ganze Nacht erhellt. Soldaten, Gendarmen streiften durch die Korridore. Es gelang mir nicht, hineinzukommen.

Es mochte gegen Mitternacht sein, als ich wieder in die Richtung des Gemeindehauses ging.

Auf der Straße, vor dem Gemeindehaus, erblickte ich Wagen. Den einen erkannte ich an den Pferden, es war der Wagen der Kokais. Und ich erkannte auch Lajos Kokai, der neben den Pferden stand.

Das Tor öffnete sich. Soldaten und Gendarmen schleppten und führten Leute heraus. Stießen oder warfen sie auf die Wagen.

Furchtbare Ahnungen packten mich. Nicht nur die drei wurden durchs Tor geführt, die am Nachmittag verurteilt worden waren, sondern alle. Aber dann mußte sich ja auch Karoly unter ihnen befinden. Ich ging näher heran. Suchte Karoly. Rief auch leise: Karoly! Karoly!

Der eine Soldat bemerkte mich. Kam zu mir.

„Was suchst Du in so später Nacht hier? Marsch!"

„Ich suche meinen Mann. Wo ist mein Mann? Was wollt Ihr mit meinem Mann tun? Gebt mir meinen Mann zurück."

„Morgen, mein lieber Schatz, wirst Du ihn an einem der Bäume sehen."

Er packte mich und schleuderte mich fort. Taumelnd stürzte ich in den Schnee. Als ich mich endlich emporgerückelt hatte und wieder hätte hingehen können, waren die Wagen bereits in Bewegung.

Ich folgte ihnen. Ein Stück laufend, dann, wenn mir der Atem ausgegangen war, keuchend, schleppend.

Der Schnee glänzte, ich sah die Wagen vor mir. Meinen Augen entschwanden sie nur, wenn der Sturm eine Schneewolke aufwirbelte. In solchen Augenblicken begann ich aus ganzer Kraft zu laufen.

Der Zug bewegte sich zum Friedhof hin.

Ich fühlte, daß auf meiner Stirn Schweißtropfen perlten. Nicht von der Müdigkeit, nicht vom Laufen, sondern vor Entsetzen.

Ab und zu schien mir für einen Augenblick, daß ich keinen Schritt weiter könne. Als hätte zähflüssiges meinen ganzen Körper eine furchtbare Lähmung befallen. Ich trieb mich an, stachelte mich auf, schleppte mich dahin.

Wir erreichten den Friedhof. Die Wagen bogen nicht in den Friedhof ein. Ich atmete auf. Sie schleppen sie also nicht auf den Friedhof. Ich dachte: vielleicht bringen sie die Leute in die Stadt zurück. Nun machte ich mir auch darüber keine Sorgen mehr: ich folge ihnen, und sei's auch hundert Meilen.

Jenseits des Totengräberhäuschens hielten plötzlich die Wagen. Hier vor dem Walde, und dort längs der Steinbuche.

Meine Lunge riff, mein Herz trommelte. Jetzt, mein Gott, was wird jetzt sein?

Ich erreichte die Wagen. Die meisten waren schon leer. Eben wurden von den letzten die gefesselten Männer gezerrt. Die Soldaten schleppten, schleiften sie wie in die Schinderschlinge geratene Hunde über den Schnee.

Ich wußte nicht mit Bestimmtheit, ob auch Karoly unter ihnen sei. Vielleicht befand er sich auf einem der ersten Wagen, und von diesen waren bereits alle in den Wald gebracht worden.

Hier war der Sturm noch größer, als drinnen im Dorf, konnte sich frei austoben. Er jammerte, heulte, brüllte, als ächzten in ihm tausend ruchlose Seelen. Trieb den Schnee in gewaltigen Säulen über den Weg, schleuderte ihn gegen den Wald. Ruhte jedoch der Schneewirbel, so konnte man in dem hohen Schnee alles klar sehen, und irgendwo hinter den Schneewolken schimmerte auch der Mond.

Unvermittelt gellte ein furchtbarer Schrei durch den Wald, ein zweiter, ein dritter, ein vierter. Und auch niedersausende Schläge vernahm ich.

Ich wollte hineilen, blieb aber stehen, konnte mich nicht vom Fleck bewegen. Wollte schreien, brüllen, aber meine Stimme war verstummt.

Und plötzlich schwirrten von den Bäumen des Waldes mit maßlosem Krächzen Krähenscharen auf, und auch vom Friedhof her kamen sie dahergezogen. Dann kreisten sie, zu einer Schar vereint, wie eine riesige schwarze Wolke über dem Wald. Ich lauschte nur auf ihr Krächzen, wollte nur dieses hören, denn ich fühlte, daß mich die Schreie der Menschen zum Wahnsinn treiben würden.

(Fortsetzung folgt.)

Straßenkampf

Von Alfred Leidig

1919

Vier Mann halten die Straßenkreuzung gegen zweihundert gedungene Lumpen. Ein Matrose, ein Schlächter, ein Maurer und ein Schlosser.

Krachend schlägt eine Granate in die Barrikade. Der Maurer sinkt um. Kopfschuß. Sofort tot.

Nur noch drei Mann; aber sie weichen nicht. Ruhig, sicher zielend tun sie ihre Pflicht. Jeder Schuß ein Treffer. Munition ist kostbar.

Hinter den Ecken der Querstraße, in den Hausfluren, stehen Hunderte von Proletariern. Gaffen, disputieren, ballen die Fäuste in den Taschen und lassen ihre Brüder abschlachten.

„Den Offizier rechts vom Geschütz!" kommandiert der Schlächtergeselle.

Drei Augenpaare suchen ihr Ziel. Drei Schüsse krachen. Ein gegenrevolutionärer Offizier hat aufgehört zu atmen. Da kann man schon drei Kugeln verschwenden.

Schnell verlassen die Drei die Barrikade und postieren sich hinter den Straßenecken.

Es war die höchste Zeit. Gleich darauf platzt die zweite Granate. Von der Barrikade stehen nur noch ein paar Biertonnen.

„Det wär' vor die Bande een Fressen gewesen, wenn wir noch dagelegen hätten!" knurrt der Schlächter.

Während der Schlosser zu einer Tonne kraucht und der Matrose im Rinnstein Deckung sucht, geht der Schlächter kaltblütig zu einem im Schußfeld stehenden Straßenbahnkandelaber und postiert sich dort.

Die Drei arbeiten ohne Ueberstürzung, im dichtesten Kugelregen. Besonders der Kandelaber ist das Ziel unzähliger Geschosse, die jedoch an der Rundung abprallen und sich andere Ziele suchen. Eine am Fenster stehende Schlächtermeistersfrau muß ihre Neugierde mit einem Bauchschuß bezahlen.

Mit furchtbarem Getöse krepiert wieder eine Granate. An der Stelle, wo der Schlosser gelegen hat, befindet sich nur noch eine blutige Masse.

„Noch een Panzerwagen! Der jibt uns den Rest!" sagt der Schlächter entmutigt.

Der Matrose schießt seine letzten fünf Patronen ab; dann erhebt er sich aus dem Rinnstein.

„Biste doll geworden!" ruft ihm der Schlächter entrüstet zu.

Der Matrose sagt feierlich: „Sterben müssen wir doch, da kommt es auf eine halbe Stunde nicht an!" — — Und geht dem Tode entgegen.

Wie gelähmt starrt ihm der Schlächter nach, bis er die Arme hochwirft und umstürzt; da springt der Schlächter auf und flüchtet.

Eine Stunde später liegt er erschossen an einer Hofmauer. Eine Bürgerseele hat ihn auf dem Gewissen.

1923

Um die Technische Hochschule, das letzte Bollwerk der Faszisten, tobt der Kampf. Neun Geschütze der Roten Armee speien Tod und Verderben; und die Eingeschlossenen verteidigen sich mit dem Mut der Verzweiflung.

Unter den schützenden Bäumen des Tiergartens, in den angrenzenden Seitenstraßen steht, zum Sturm bereit, Proletarier-Regiment neben Proletarier-Regiment. Fiebernd, kaum noch zu halten. Die ganze Erbitterung, die sich in jahrhundertelanger Knechtschaft angesammelt hat, drängt zum Ausbruch.

Plötzlich schweigen die Geschütze. Man bietet den Faszisten an, zu kapitulieren.

Doch die Kapitulation lehnen sie ab. Eine Anzahl sozialdemokratischer Führer, die im Keller hocken und um ihre Köpfe besorgt sind, atmen erlöst auf.

Wieder beginnt die Beschießung: noch furchtbarer, noch intensiver als vorher. Wie ein Mückenschwarm stürzen sich die Granaten auf das massive Gebäude, dessen Stunden gezählt sind.

In den Lüften erscheint ein Flieger. Abertausend Augen starren hinauf. Als man die roten Wimpel an den Tragflächen erkennt, stimmen die Tausende spontan die Internationale an. Ein Meer entblößter Häupter. Die Tiergartenriesen schütteln verwundert die Köpfe.

Dann ein ohrenbetäubendes Krachen. Der oben in den Lüften beginnt zu arbeiten. Im Hof der Hochschule gähnt ein unheimliches Loch.

In den Reihen der Proletarier ist es still geworden. Jeder hat so seine Erinnerung aus dem Weltkrieg: einen guten Kameraden, dessen Knochen irgendwo modern. Und doch sagen sich alle: Wenn wir diese Schule nicht gehabt hätten, wenn uns die Ausbildung als Genietruppe fehlen würde, niemals hätten wir den Sieg über das Ungeheuer Kapitalismus davongetragen.

Als der Flieger in den Wolken verschwindet, stehen von der Hochschule nur noch rauchende Trümmer.

Jetzt entschließt sich die Kampfleitung, den Sturm zu wagen. Regiment „Stahlwerke" erhält den Befehl, zu stürmen. Langsam rückt es vor. Die anderen Regimenter murren.

Aber noch kämpfen die Faszisten. Drei Angriffe werden von ihnen abgeschlagen.

Regiment „Liebknecht" bekommt den Auftrag, die Stahlwerkler zu unterstützen. Durch ihre Reihen geht ein Ruck. Endlich!

Ein Kampf entspinnt sich jetzt, wie er in der Geschichte der Straßenkämpfe noch nicht zu verzeichnen ist. Die noch lebenden Faszisten, ungefähr dreihundert Mann, meistens Offiziere, kämpfen übermenschlich. Jeder Stein muß ihnen einzeln abgerungen werden.

Nach zwei Stunden ist es geschafft. Den Proletariern ist kaum ein Faszist lebend in die Hände gefallen.

Dank seiner vorbildlichen Organisation, seiner Disziplin, dank seiner mustergültigen Führung, war es dem Proletariat gelungen, seinen größten Feind, den Faszismus, niederzuringen.

Ueber den Trümmern weht die Fahne der Sowjet-Republik Deutschland.

Die Revolution und das höhere Schulwesen

Das heutige Rußland 1917 bis 1922

Von B. Gorew

Aus der Fülle des Materiales, das dieses Sammelwerk über das neue Rußland bringt, greifen wir diesen Abschnitt heraus, der vielleicht die Arbeiter besonders interessiert, weil er zeigt, wie in Rußland das Schule und Bildungswesen einen ungeheuren Aufschwung nimmt, während es in Deutschland in den allgemeinen Bankrott mit hineingerissen wird. Das Buch mit seinen Beiträgen von hervorragenden Wissenschaftlern aus allen Gebieten soll, von der unermüdlichen heroischen Arbeit zeugen, die in den Laboratorien und Instituten, den Bibliotheken und Museen, Schulen und Theatern, die in den Werkstätten der russischen Republik von Forschern und Kaufmännern geleistet wurde, während das ganze Land in furchtbaren Krämpfen lag".

Für die Arbeiter und Bauern, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind oder mit ihr sympathisieren, hat die Sowjetregierung besondere Hochschulen errichtet. Es sind die sogenannten „kommunistischen Universitäten", die das Netz der über die ganze Republik zerstreuten Sowjetparteischulen krönen, das heißt der Schulen, die aus Arbeitern und Bauern elementar vorgebildete Parteimitarbeiter und Spezialisten auf den verschiedenen Gebieten der staatlichen Sowjetarbeit ausbilden.

Im Herbst 1922 existierten in der Republik nur vier kommunistische Universitäten: die älteste und die populärste und mustergültigste unter ihnen ist die Sverdlow-Universität in Moskau, die Sinowjew-Universität in Petrograd, schließlich gibt es zwei Universitäten in Moskau, welche die nichtrussischen Völkerschaften und die zahlreichen Emigranten heranbilden: die Universität der Arbeitenden aus dem Osten und Westen. Die Sverdlow-Universität ist aus kurzfristigen (Zweiwochen-) Kursen für Sowjet- und Parteiarbeiter hervorgegangen, die noch im Sommer 1918 auf Veranlassung Sverdlows gegründet worden waren. Im Laufe der Zeit ist aus diesen Kursen eine komplizierte Lehranstalt mit drei Abteilungen entstanden, ein achtmonatiger Kursus, der bereits theoretisch geschulte Sowjetmitarbeiter weiter ausgebildet, ein Lektorenkursus, der bis zu zwei Jahren dauert und Leiter für die elementaren Parteischulen und die wissenschaftlichen Universitätsarbeiter ausbildet, und schließlich eine eigentliche Hochschule mit einem dreijährigen Kursus, einem umfangreichen natur- und sozialwissenschaftlichen Programm. Der Universität ist auch eine Arbeiterfakultät für Arbeiter, die noch keine Elementarbildung haben, angegliedert.

Die Aufnahme in der Sverdlow-Universität erfolgt jährlich durch eine besondere Bestimmung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, nach der festgestellt wird, wie viele Studenten von jedem Gouvernement oder dieser oder jener Organisation delegiert werden sollen. Die Studenten werden in einem Internat untergebracht, erhalten Lebensmittel und Geldzuschüsse, alles natürlich in sehr bescheidenem Ausmaße. Neben dem Unterricht, der in Anbetracht des umfassenden Programms und seiner Gründlichkeit nur außerordentliche geistige Anstrengung bedeutet — er umfaßt Naturwissenschaften, marxistische Philosophie, Volkswirtschaft und Recht, die Geschichte von Rußland und Europa, Literatur (Praxis des Sowjetaufbaues) — werden die Studenten der anderen kommunistischen Universitäten besonders intensiv in die Tagespolitik hineingezogen, übernehmen wichtige Parteipflichten agitatorischer und im Notfalle auch kriegerischer Art, besuchen die Theater und mit besonderem Eifer öffentliche Vorlesungen wissenschaftlichen und politischen Charakters, entfalten innerhalb der Universität eine ausgedehnte, kulturell aufklärende Vereinstätigkeit und befassen sich außerdem noch mit der materiellen Versorgung der Universität (Schneeschaufeln, Holzsägen usw.).

Dies System erzeugt einen ganz besonderen, noch nie dagewesenen Studententypus, bei dem Wissensdurst und nächtelange theoretische Deputationen sich mit der Erledigung der allernotwendigsten praktischen Aufgaben politischer und materieller Art vereinigen oder, wie es von Bucharin in dem Vorwort zu seiner „Theorie des historischen Materialismus" richtig charakterisiert wurde, „einen neuen Menschentypus", der sich tags mit Philosophie befaßt und nachts mit der Flinte in der Hand Wache hält, die abstraktesten Fragen bespricht und eine Stunde darauf Holz fällt, in Bibliotheken herumsitzt und viele Stunden in der Fabrik verbringt.

Die Originalität, die frische Beweglichkeit und Unmittelbarkeit dieser neuen Studentenschaft, die aus den Tiefen des Volkes kommt, deren größter Teil die rauhe Schule des Bürgerkrieges durchgemacht hat oder auf eine lange administrative Tätigkeit zurückblickt, der hier zutage tretende Wissensdurst und die Selbständigkeit locken häufig Professoren und Lehrer an die kommunistischen Universitäten, die dem Kommunismus und der regierenden Partei sehr fern stehen. Nach den Aeußerungen vieler Lehrender verschafft ihnen die Arbeit an den neuen, von der Revolution geborenen Universitäten mehr Genugtuung, als ihre übrige Tätigkeit an den Hochschulen des alten Typus.

An den kommunistischen Universitäten und den Arbeiterfakultäten werden jetzt insgesamt 8000 Personen unterrichtet, wovon die Hälfte auf die Schwerdlow-Universität kommt. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach sind sie hauptsächlich Arbeiter und Handwerker, ungefähr der vierte Teil sind Bauern, und der Rest ist „Intelligenz", d. h. Personen, die eine Mittelschule absolviert oder volle oder auch teilweise Hochschulbildung genossen haben; aber im Kampfe um die Klassenreinheit dieser Universitäten und zum großen Teil kraft des Drängens der Arbeiter- und Bauernstudenten, die mit dem Ueberhandnehmen der Intelligenz unzufrieden sind, sind die Behörden und die Partei bestrebt, durch eine Reihe von Maßnahmen der Intelligenz den Zutritt zu den kommunistischen Universitäten zu beschränken oder zu sperren.

Wir sehen also, daß in der jüngeren Petrograder (Sinowjew-Universität von 928 Hörern (735 Männer und 193 Frauen) 67 Prozent über eine abgeschlossene oder nicht abgeschlossene Elementarschulbildung verfügen, 15 Prozent über nicht abgeschlossene Mittelschulbildung, 2 Prozent über abgeschlossene Mittelschulbildung, 3,8 Prozent haben überhaupt keine Schule besucht und sich nur durch Selbstunterricht gebildet, und nur vereinzelte Personen haben die ersten Semester der Hochschulen besucht. Dieser Zusammensetzung entspricht im Verhältnis auch die soziale Zusammensetzung der Petrograder Universität: 47,7 Prozent Arbeiter, 24 Prozent Bauern, 20,5 Prozent Personen, die zum Teil körperliche, zum Teil Kopfarbeit geleistet haben (Verkäufer, Schreiber usw.), die restliche kleine Zahl umfaßt die kleinbürgerliche Intelligenz.

Die letzte Verfügung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, durch das die Aufnahmebedingungen der Sverdlow-Universität geregelt werden, verbietet kategorisch, als Studenten Personen aufzunehmen, die über eine höhere Bildung als die von den Elementarschulen erteilte verfügen, wobei ausgeschließlich von dem Gesichtspunkte ausgegangen wird, daß eine solche Universität mit ihren neuen Methoden und Lehrverfahren wirklich den untersten Schichten der Partei, die noch keinen Unterricht genossen haben, dienstbar gemacht werden muß.

Die originellste aller Universitäten, hauptsächlich ihrer Zusammensetzung nach, ist die „Universität der Arbeitenden aus dem Osten", die 1921 gegründet wurde und nun in ihr zweites Lebensjahr eintritt. Diese Universität ist zweifellos einzig in ihrer Art auf der ganzen Welt und konnte nur zustande kommen als ein Produkt des Kampfes, den Sowjet-Rußland mit dem Imperialismus führt und in den die Sowjetregierung die rückständigen asiatischen Völker hineinzieht.

Diese Universität wie die Universität der „Arbeitenden aus dem Westen" ist dem Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten unterstellt und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die rückständigen östlichen Völker an der kommunistischen Aufklärung teilnehmen zu lassen. Es wurden in dieser Universität zirka 1000 Personen aufgenommen, die 47 verschiedenen Nationalitäten angehörten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20 Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 80 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 26 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krohn, Halle

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | Donnerstag, den 18. Oktober 1923 | 3. Jahrgang | Nr. 244

Ein Reichswehr-Ultimatum an die sächsische Regierung

Artillerie gegen Sachsen in Bewegung gesetzt — Stillegung der Industrie des Ruhrgebiets — Der Achtstundentag beseitigt — Die Berliner Gewerkschaften für das Rote Sachsen — Neue Zeitungsverbote — Neue Arbeitermorde

WTB. Dresden, 18. Oktober.

Im sächsischen Landtag erklärte Ministerpräsident Dr. Zeigner, ihm sei heute ein Schreiben des Wehrkreiskommandos Dresden zugegangen, in dem gefordert werde, daß die Regierung Stellung nehme zu den Ausführungen, die der Minister Böttcher in seiner Leipziger Rede gemacht habe. Weiter erklärte Dr. Zeigner, er habe erfahren, daß der bayrische Gesandte in Berlin der Reichsregierung eine Note des Inhaltes übermittelt habe, der Dresdner Betriebsrätekongreß bedeute einen feindseligen Akt gegen die bayrische Regierung. Diese frage an, welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen zu ergreifen gedenke. Der Ministerpräsident erklärte weiter, wenn diese Kreise sich durchsetzen, gehöre die Republik der Geschichte an. Dem Wehrkreiskommando sei die sächsische Regierung keine Rechenschaft schuldig. Sie werde gegen Drohungen nicht beantworten. Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werde die sächsische Regierung ausführen. Hierauf wurde das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung Zeigners mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 45 bürgerliche Stimmen abgelehnt.

*

Der Weiße General stellt der sächsischen Regierung ein Ultimatum

Dresden, 18. Oktober.

Das Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV, Generalleutnant Müller, an den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner besagt, daß Minister Böttcher in seiner am 13. Oktober von der Kommunistischen Partei einberufenen Versammlung in Leipzig eine offene Kampfansage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und eine entsprechende Resolution veranlaßt habe. Die Aufforderung zur Bewaffnung sei gleichbedeutend mit dem Ruf zum bewaffneten Kampf. Die Rede stelle sich als ein Verstoß gegen die vom Wehrkreiskommando erlassenen Verfügungen dar. In dem Schreiben wird Zeigner gebeten, bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen Böttchers einverstanden erkläre oder ob es entgegen diesen Aeußerungen nach den Weisungen des Wehrkreisbefehlshabers zu handeln gewillt sei. Für letzteren Fall wird gefordert, daß die sächsische Regierung die dem Wehrkreiskommandanten gegebene Erklärung veröffentlicht. Weiter wird um Mitteilung gebeten, wie die Regierung künftig Entgleisungen wie der Rede des Ministers Böttcher vorbeugen wolle.

*

Diese Forderung des Müller ist ein Ultimatum, daß die Militärkamarilla der revolutionären Arbeiterschaft stellt. Müller kann diese herausfordernde Sprache führen, weil Geßler und damit die Reichsregierung unter allen Umständen den Kampf gegen die sächsische Regierung führen will, weil Geßler alle Vorbereitungen zum bewaffneten Kampf, zum Bürgerkrieg trifft.

Aus Berlin wird uns gemeldet, daß am Anhalter Bahnhof gestern nachmittag größere Kontingente Reichswehr nach Sachsen verladen worden sind, und in den späten Nachmittagsstunden sind in Bitterfeld mehrere Züge mit Artillerie mit der Bestimmung nach Sachsen durchgekommen.

Geßler-Stresemann-Sollmann-Müller wollen also die sächsische und thüringische Regierung beseitigen, sie wollen also die mitteldeutsche Arbeiterschaft niederschlagen. Diese verbrecherische Absicht wird auch durch die Forderung der Sozialdemokratie nach Aufhebung des Belagerungszustandes nicht vereitelt, denn die Stinnes und Kloeckner bitteren es. Diese Landesverräter brauchen ein Blutbad unter der Arbeiterschaft, um ihre Absicht, die gesamte Industrie des Ruhrgebietes stillzulegen, durchführen zu können.

Der Kölner Vertreter der „Times" weiß zu berichten, daß die Gruppe Stinnes, Kloeckner, Vögeler beschlossen habe, den Franzosen mitzuteilen, sie sehe unter den heutigen Bedingungen keine Möglichkeit, das nötige Geld für die Lohnzahlungen aufzubringen und sei daher gezwungen, ihre Fabriken zu schließen.

Und gut unterrichtete Stellen bestätigen diese Nachricht. Es wird sogar behauptet, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris Gelegenheit nehmen wird, bei seiner Unterredung mit Poincaré auf diese Tatsache hinzuweisen. Damit ist vor aller Welt klar, daß die Regierung mit diesen verbrecherischen Plänen der Stinnes und Kloeckner einverstanden ist.

Dem Ruhrproletariat droht die Arbeitslosigkeit und damit der Hungertod. Die Ruhrarbeiterschaft muß niedergehalten werden. Einem gleichzeitigen Aufstand aller Arbeiter ist die Regierung mitsamt aller faszistischen Organisationen nicht gewachsen. Deshalb soll zuerst die mitteldeutsche Arbeiterschaft, die sich staatliche Machtpositionen erobert hat, niedergeknüppelt werden. Also deshalb das frische Auftreten des Generals Müller gegen die sächsische Regierung, deswegen die Reichswehrtransporte nach Sachsen.

Die Müller-Geßler-Stresemann-Seeckt werden sich dieses Mal verrechnen. Die Tage des Januars 1919 sind vorbei. Schon haben die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre klar und deutlich der Regierung zugerufen: „Hände weg vom Roten Sachsen." Und auch in der Provinz Sachsen hat die Arbeiterschaft erkannt, daß ein Schlag gegen den mitteldeutschen Roten Block ein Schlag gegen sie selbst ist. Der Kampf gegen Sachsen bedeutet den Generalstreik im mitteldeutschen Industriegebiet. Und die Arbeiterschaft des mitteldeutschen Industriegebietes wird den Kampf durchführen, sie steht ebenso treu und fest zu Sachsen und Thüringen wie die Berliner Gewerkschaften. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft steht gerüstet da. Wohlan, Herr Stresemann, Herr Geßler, Herr Müller! Wagen Sie den Tanz, wir werden dazu aufspielen.

*

Die sächsische Regierung geht unbeirrt ihren Weg

Dresden, 18. Oktober.

Ein Aufruf des Arbeits-, des Wirtschafts- und des Finanzministers fordert die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskartelle und Konsumvereine Sachsens zu einer Konferenz in Chemnitz am Sonntag, dem 21. Oktober, auf, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und Ernährung der werktätigen Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Die Berliner Gewerkschaften schützen das Rote Sachsen

Berlin, 18. Oktober.

Die erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlicher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen Groß-[illegible]Lage in Sachsen. Es [illegible] den Fall eines be[illegible] thüringische Proleten Aussicht stellt.

[illegible]eim

[illegible]annheim, 18. Okt.

[illegible] den Ansammlungen [illegible], eine große Anzahl [illegible]men. Die Arbeiter[illegible]reit geschlossen durch-

[illegible]eseitigt

[illegible]lin, 18. Oktober.

[illegible]nsparteien mit der [illegible]zeitgesetz zu sprechen. [illegible] daß zwar eine Ver[illegible]e käme, einigten sie [illegible]eine Verlänge[illegible]n werden müsse. [illegible]ontag, für die [illegible]ntag, eingeführt [illegible]tution beseitigt. Da[illegible]r die Erhaltung des [illegible]werkschaftsführer das [illegible]ch imstande sind, den [illegible] Mitglieder der Ge[illegible]tischen Führer nicht [illegible]n der Sachwerte die [illegible]tages als eine pro[illegible] grammatische erklären und daß sie nicht die Ausrede gebrauchen, nun, nachdem die Reichstagsfraktion der MSPD. dem Arbeitszeitgesetz zugestimmt hat, können wir nichts mehr machen. 8½ Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind, richtig eingesetzt, eine unüberwindliche Macht.

Bewaffnete Kämpfe in Holstein

WTB. Hamburg, 18. Oktober.

Nach Meldungen aus Heide (Holstein) kam es gestern dort infolge der Verhaftung des Führers der dortigen Kommunisten zu Unruhen. Zwei mit Karabinern bewaffnete Kommunistentrupps drangen in die innere Stadt und forderten die Freilassung des Führers. Auf die Ablehnung dieses Ansinnens feuerten die Kommunisten eine Salve ab, worauf sich die Beamten in den Gefängnishof zurückzogen. Von dort aus wurde das fortgesetzte Feuer der Kommunisten mit Revolverschüssen erwidert. Nach Eintreffen eines Zuges Schupo stellten die Kommunisten das Schießen ein.

*

Nach unseren Ermittlungen handelt es sich nicht um zwei mit Karabinern bewaffnete Kommunistentrupps, sondern Arbeiter hatten ein konterrevolutionäres Waffenlager ausgehoben und mit diesen Waffen wollten sie ihren anläßlich der Beschlagnahme des Waffenlagers verhafteten Führer aus den Händen der Polizei befreien. Solche Teilaktionen sind immer zur Niederlage verdammt. Nur durch gemeinsamen und geschlossenen Kampf wird die Arbeiterklasse alle politische Gefangenen befreien.

Die Bluthetze gegen Sachsen und Thüringen

Die Januar- und Märztage von 1919 sollen nach dem Wunsch der schwerindustriellen Drahtzieher um Stinnes, der Seeckt und Stresemann wiederkehren: die Tage der Mordhetze, des Blutrauschs gegen die Kommunisten, gegen die werdende Einheitsfront der Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk.

Die ganze bürgerliche Presse ist auf den Bürgerkrieg gegen die Arbeiter eingestellt. „Schlagt sie nieder, die Hungernden, die rebellieren, die Arbeitslosen", die unter Stresemanns Wirtschaftsdiktatur als erste Opfer fallen. Das ist der Sinn aller Artikel von der Junker-„Kreuzzeitung" bis zur christlich frommen „Germania".

Die „DAZ." des Herrn Stinnes gibt das Stichwort. Stinnes braucht den Aderlaß unter der Arbeiterschaft, damit er weiter verdienen kann. „Blutrausch der Kommunisten" fälscht sie, um den Blutrausch der von den Stinnesmillionen ausgehaltenen Schwarzen Reichswehr noch wilder zu entfachen. Das Stinnesblatt ist das erste, das die beschlossene Reichsexekution gegen Sachsen melden konnte — und unter Hohnworten auf den „Vorwärts", der sich nicht getraue, davon seinen Lesern zu schreiben.

Das WTB. ist auf Kriegsberichte aus Sachsen umgestellt. Aus der Regierungserklärung, daß Stresemann in Sachsen Ordnung schaffen werde, bringt es die Meldung von der Unterstellung der Landespolizei unter die Säbeldiktatur mit der Erklärung des Generals Müller, daß er bei der Auflösung der proletarischen Hundertschaften Kämpfe erwarte. Das erste Kanonenfutter soll die Landespolizei unter ihrem sozialdemokratischen Oberst Schützinger sein. Die letzte republikanische Truppe Sachsens soll im Kampf gegen die Arbeiter sich aufreiben, ehe die Reichswehr eingreift und die Weiße Diktatur endgültig errichtet.

Heute verbreitet WTB. als Kriegspressestelle der Generalsdiktatur das Ultimatum des Generals Müller an die Rote Sachsenregierung, daß sie bis 18. Oktober erklären solle, ob sie seine Befehle ausführe und künftige Entgleisungen des Ministers Böttcher verhindere. Inzwischen erfolgt der Aufmarsch der Reichswehr. Gestern sind Truppenkontingente mit Artillerie von Berlin nach Sachsen transportiert worden. Herr General Müller ist im Begriff, den Bürgerkrieg gegen die sächsische Arbeiterschaft mit den unter den kapitalistisch-militärischen üblichen Methoden zu eröffnen.

Unerhörte Pressemache zugleich gegen die Erwerbslosen, gegen die Kommunisten. Uebertriebene, entstellte Berichte über Kommunistenverhaftungen sollen die Spießbürger wild machen und sie von den wahren Schuldigen ablenken, von den Seeckt und Stresemann, den Stinnes und Ebert, die das Volk trotz und mit aller Ermächtigung und aller Diktatur in Hunger verkommen lassen.

Job Zimmermann, Kapps Pressechef, hetzt im „Tag" des Krupp-direktors Hugenberg am schamlosesten gegen die Kommunisten und die Arbeitslosen. „Hunger tut weh", stellt er fest, um zu schließen: „Verhaftet die Kommunisten!" Kommunistenverhaftungen stillen den Hunger nicht. Sie schützen nicht den im allgemeinen Bankrott zuerst zusammenbrechenden Kleinhändler vor dem Untergang. Hier hilft nur eines: der Kampf gegen den Hunger durch die Arbeitermassen. Das beginnen die Werktätigen in Stadt und Land zu erkennen. Darum die Verzweiflungshetze der Faszistenspöldlinge in den bürgerlichen Blättern.

Charakteristisch ist die Haltung der „Germania". Offen sagt sie: milde Hand gegen Kahr-Bayern und starke Hand gegen Sachsen. Die Schwerindustriellen mit ihrer Zentrumspartei fordern die Reichsexekutive, die blutige Niederwerfung der ganzen deutschen Arbeiterschaft, die abgeschlachtet werden soll, sie fordern die Reichsexekutive, die sich genau so gegen die christlichen Arbeiter des Zentrums richtet, wie gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter.

Daß die „Zeit" weiter gegen „Sowjet-Sachsen" hetzt, ist in dem Blatt Stresemanns und Litwiens selbstverständlich. Jüdische Kommerzienräte und arische Junker finden sich, wenn es gegen die rebellierende Arbeiterschaft geht.

Am-jämmerlichsten ist die Haltung des „Vorwärts" und der rechten Führer der MSPD. Schächliche Proteste gegen den Belagerungszustand, vom Parteivorstand und von dem allmählich die Gefahr erkennenden Severing inspiriert, kläglichen Anstrengungen, die Große Koalition noch jetzt in ihrer völligen Kapitulation vor Seeckt und Kahr zu rechtfertigen. Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231018-15/fragment/page=0007